

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

72 (26.3.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Gesetz und Gewalt.

Die Vorgänge, die zurzeit England aufs Tiefste erregen, sind für die ganze Welt von Bedeutung, denn sie berühren ein Problem, das überall leidenschaftlich erörtert wird. Für uns in Deutschland ist vor wenigen Monaten dieselbe Frage aufgetaucht, als sich das Offizierskorps in Bayern durch seine aktive Betätigung über die Schranken der Gesetzmäßigkeit hinwegsetzte. In England ist es der passive Widerstand eines Teiles der Offiziere, der alle älteren Verfassungsbegriffe der Nation umstürzt und das staatliche Leben dem Chaos entgegenzuführen droht. In Deutschland hat das junge Parlament nach einer kurzen leidenschaftlichen Aufwallung vor der autoritären Militärgewalt kapituliert. In England dagegen ist die Parliamentsherrschaft so festgewurzelt, daß dort wirklich als eine Revolution empfunden wird, was in Deutschland doch nur ein Rückfall in einen alten traurigen Zustand war und darum ist Ulster für England ein entscheidendes Ereignis, während Bayern eine Episode in der deutschen Reichsgeschichte geblieben ist.

Das verfassungsgemäß zustande gekommene Gesetz über die Selbstregierung Irlands droht zu scheitern, weil die irische Krönung Ulster, der Selbstregierung leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzt. Der Staat, der durch Anwendung der Zwangsgewalt dem Gesetz Achtung verschaffen will, sieht im kritischen Augenblick das Werkzeug der Macht seinen Händen entgleiten, weil ein Teil der Offiziere sich weigert, gegen Ulster zu Felde zu ziehen. Das in England alle demokratischen Elemente über das Verhalten der konservativen Offiziere aufs äußerste empört hat, versteht sich von selbst. Denn die irische Selbstregierung ist seit Jahrzehnten eines der wichtigsten Kampfschiffe der englischen Demokratie. Eine starke Parlamentsmehrheit, hinter der die Mehrheit des englischen Volkes steht, will die Selbstregierung und hat sie wiederholt beschlossen, eine Minderheit lehnt sich gegen sie auf und trotz mit Gewalt der Autorität des Gesetzes. Diesen Widerstand zu besiegen, erscheint als eine Lebensfrage für die englische Demokratie.

Wir dagegen in Deutschland haben vom Schauplatz der Ereignisse eine genügende Distanz, um das Für und Wider in diesem grundsätzlich so bedeutungsvollen Streit mit ruhiger Objektivität erwägen zu können. Und wir werden menschlich wenigstens das Verhalten der Offiziere begreifen können, die sich weigern, „auf Väter und Brüder zu schießen“. Ja, wir wünschen, daß die Charaktereigenschaften, die in diesem Verhalten zum Ausdruck kommen, eifrig Gemeingut nicht bloß aller Engländer, sondern auch aller Deutschen wären, und wir zweifeln nicht daran, daß diese Eigenschaften auch bei den Junkeroffizieren Preußen-Deutschlands zu finden sind. Man stelle sich einmal vor, daß in einem demokratisch regierten Preußen Diktatoren dieselbe Rolle spielen würde wie Ulster in Irland, gewiß würde ein großer Teil der preussischen Offiziere da lieber den bunten Rock ausziehen und den Degen abschneiden, als sich von einer demokratischen Regierung zur Niederwerfung eines Aufstandes ihrer eigenen Standesgenossen gezwungen zu lassen.

In England ist nun wirklich die merkwürdige Umkehrung aller überlieferten Vorstellungen eingetreten, daß die reformierende Demokratie den militärischen Gehorsam vordringen muß, während die konservativen Verteidiger des Bestehenden die Anarchie auf ihre Fahne geschrieben haben. So sehr man das Verhalten der Offiziere auch menschlich begreifen kann, so wird man als Anhänger der Demokratie doch nur wünschen müssen, daß diesem Verhalten jeder schließliche Erfolg verweigert bleibe. Solange nicht jener ideale Zustand des staatlichen Lebens erreicht ist, in dem alles Zusammenwirken der Kräfte auf freiwilliger Einordnung aller Einzelnen in das Ganze beruht, wird jede Ordnung auch zugleich Unordnung sein, und es wird sich nur fragen, ob sich die Mehrheit der Minderheit unterzuordnen hat oder die Minderheit der Mehrheit, ob die Vielen den Wenigen gehorchen sollen oder die Wenigen den Vielen. Eine regierende Mehrheit wird sich nicht vor der peinlichen Situation schützen können, den Widerstand der Minderheit unter Umständen auch mit Gewalt brechen zu müssen, nur wird sie dafür sorgen müssen, daß ihr bei dieser traurigen Arbeit übertragene Helfer zur Seite stehen, keine militärischen Objekte eines stumpfen Kadavergehorsams.

Daß das System des Kadavergehorsams in England Bankrott gemacht hat, kann uns an sich nur mit Befriedigung erfüllen. Die längst schon unhaltbare Fiktion der „politischen“ Armee ist dort vollends in die Brüche gegangen. Solange die Armee nicht aus Maschinen, sondern aus denkenden Menschen besteht, wird die Redensart von der unpolitischen Armee eben nur eine Redensart bleiben. In Preußen-Deutschland ist das Offizierskorps nicht unpolitisch, sondern konservativ, in Frankreich kämpfen hierarchisch-militaristische und republikanisch-freidenkerische Elemente miteinander, in England hat sich soeben das aristokratische Element im Offizierskorps als das ausschlaggebende erwiesen. Sind also die Offizierskorps längst

politisiert, so ist auch die Politisierung der Mannschaften selbst nur eine Frage der Zeit. Sie wird sich überall ohne Einwirkung von außen ganz von selbst vollziehen durch die zunehmende Bildung und politische Interessiertheit der breiten Massen.

Durch diese Politisierung des ganzen Volkes mit und ohne Waffen kann das gestörte Gleichgewicht zwischen Gesetz und Gewalt wieder hergestellt werden. Auch die Armee wird politisch denken, aber sie wird nach ihrer Zusammenfassung und Organisation nicht anders denken als das übrige Volk. Sie wird ein zuverlässiges Werkzeug des regierenden Mehrheitswillens sein, nicht weil sie gewohnt ist, zu gehorchen, ohne zu fragen, sondern weil ihr die Ueberzeugung vom Recht der Mehrheit in Fleisch und Blut übergegangen sein wird. Diesem Ideal eines Volksherees entspricht weder die englische Soldatenarmee, noch das deutsche Heer der allgemeinen Wehrpflicht und der starren Disziplin. Das englische Heer scheint untauglich, den Widerstand einer kleinen Minderheit zu überwinden. Ob das deutsche Heer einmal dazu berufen sein soll, den leidenschaftlichen Willen einer großen Volksherees zu brechen, ist eine Frage der Zukunft, die heute noch niemand beantworten kann. Niemand sollte sich auch vernehmen zu prophezeien, daß das deutsche Heer einer so schwierigen Aufgabe allezeit gewachsen sein werde, während das englische vor unseren Augen an einer viel kleineren scheitert.

Deutsche Politik.

Mit der Wahl des Reichstagsabgeordneten Hoesch (Konf.) im Wahlkreise Osnabrück-Stendal, die von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden ist, wird sich der Reichstag am Donnerstag beschäftigen. Die Konservativen wollen namentlich die Abstimmung beantragen, in der Hoffnung, daß das Axiom den Beschluß der Wahlprüfungskommission nicht gutheißen wird.

Nach dem Kommissionsbericht erhielt Hoesch in der Stichwahl am 22. Januar 1912 13 288 Stimmen, der Gegenkandidat, Generalsekretär Fuhrmann (Natl.) 10 995 Stimmen. Als erheblich betrachtet die Kommission namentlich die Wahlbeeinflussung durch Unterschriften von Amts- und Gemeindevorstehern im konservativen Wahlkreis. Der Gewählte verlor auf diese Weise 2 329 Stimmen, so daß er nach dieser Rechnung 36 Stimmen weniger hat als der nationalliberale Gegenkandidat. Die Wahl wurde deshalb für ungültig erklärt.

Bei der Hauptwahl entfielen auf Hoesch 10 512, Fuhrmann 8 621, Weims (Soz.) 7 434, Ehoriszewski (Pole) 38 Stimmen.

Die Reichstagswahl in Breslau-Land.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigt sich am Dienstag mit der Wahl des konservativen Rittergutsbesizers Grafen v. Carner-Biesewitz, der in Breslau-Land in der Stichwahl mit 17 069 gegen den Genossen Schödl gewählt wurde, auf den 12 649 Stimmen entfielen. Die Mehrheit des Gewählten ist so groß, daß sie durch den vorliegenden sozialdemokratischen Protest nicht erschüttert werden konnte. Erstmals lag der Kommission der Fall vor, daß sich die zuständige Behörde — in diesem Falle der Landrat von Neumarkt — trotz Beschwerde weigerte, die Wahllokale bekanntzugeben. Die Kommission beschloß, dem Unterlegenen die Zahl der Nichtwähler im Kreise Neumarkt, das sind 1 550 Stimmen, zuzuzählen. In einer größeren Zahl von Orten bedurfte es erst der Beschwerde beim Regierungspräsidenten, um bei der Stichwahl die Zulassung der sozialdemokratischen Wahlkontrollen zu erreichen. Bei der Hauptwahl waren die Kontrollen aus den Wahllokalen ausgewiesen worden, was zur Folge hatte, daß die Kommission die in diesen Orten auf den Gewählten entfallenen Stimmen in Abzug brachte. Es wurde weiter festgestellt, daß in Breslau-Land trotz eines bestehenden Verbots des Kriegsministeriums, am Stichwahltag eine Kontrollversammlung der Schiffer stattgefunden hat. Da die Mehrheit nicht zu erschüttern war, wurde die Wahl für gültig erklärt.

Ein bayerischer Landtagsabgeordneter verhaftet.

In Ludwigshafen wurde, wie bereits gemeldet, der bayerische Landtagsabgeordnete Bergmerks- und Weingutsbesitzer Eugen Abrecht verhaftet. Er war mit der Verwaltung des mehrere Millionen betragenden Vermögens der Tochter Elise des Mannheimer Rechtsanwalts v. Garder betraut worden, aber mit Herrn v. Garder später in Streitigkeiten wegen der Vermögensverwaltung geraten. Der Senior der Familie v. Garder, Professor Dr. Böthling-Karlsruhe, der bereits gegen verschiedene geschäftliche Abmachungen des Abgeordneten Abrecht mit Fräulein Ilse v. Garder protestiert hatte, teilt nun in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Fräulein v. Garder vorläufig entmündigt und er zu ihrem Vormunde bestellt worden ist. Er habe, um Fräulein von Garder und ihr Vermögen aus den Händen des Abgeordneten Abrecht zu retten, die Vollmachten Fräulein von Garder an Abrecht

annulliert und die getroffenen Vereinbarungen für nichtig erklärt.

Der Fall dürfte keine politische Bedeutung erlangen, obwohl der Standpunkt des Mannheimer Staatsanwalts, daß ein bayerischer Landtagsabgeordneter in einem anderen Bundesstaate keine Immunität genießt, in München lebhaft diskutiert wird. Die Mehrzahl der Abgeordneten und auch der Minister des Innern v. Soden sind der Meinung, daß ein bayerischer Abgeordneter für ein Vergehen, das er außerhalb Bayerns begangen hat, auch außerhalb der Grenze verhaftet werden darf. Die Abgeordneten sind deshalb entschlossen, nicht zu interpellieren.

Aus München wird uns noch mitgeteilt: Die Verhaftung des bayerischen Abgeordneten Abrecht wird im Landtage wenigstens auf der linken Seite des Hauses mit heiterer Gelassenheit aufgenommen. Herr Abrecht ist längst als ein Abenteurer zweifelhaftester Art bekannt und seine persönlichen Angelegenheiten sind wiederholt in der Presse erörtert worden. Die Liberalen haben seinerzeit sich von Herrn Abrecht getrennt und er wurde dann bei den letzten Landtagswahlen gegen die Liberalen mit Hilfe des Zentrums und großer Freigebigkeit für die Wähler gewählt. Herr Abrecht machte sich zuletzt noch im Landtage dadurch verdient, daß er eine der wenigen Stimmen aufbrachte durch die für die Erhöhung der Zivilliste eine Mehrheit zustande kam. Er hielt damals eine hochmonarchistische Rede mit scharfen Ausfällen gegen die unpatriotische Sozialdemokratie.

Abrecht wird beschuldigt, Fräulein Ilse von Garder entführt zu haben. Ihr Aufenthalt ist unbekannt.

Wirkungen des Generalpardons.

Blättermeldungen zufolge sind im Kreise Oberbarnim bisher rund 13 Millionen Mark Vermögen mehr als im vorigen Jahre deklariert worden, davon entfallen vier Millionen Mark auf Freienwalde. Im Kreise Niederbarnim sind über 25 Millionen Mark und im Kreise Zülpert-Ludowalder über 15 Millionen Mark Vermögen festgestellt worden. Auch im Kreise West- und Osthavelland ist ein sehr erheblicher Vermögenszuwachs gegen 1913 ermittelt worden. Im Kreise Teltow soll die Schätzung von 25 Millionen Mark Vermögenszuwachs nicht zutreffen. Er soll weit höher sein.

Zur bevorstehenden neuen Marinevorlage.

Die „Münchener Post“ beschäftigt sich am Dienstag mit den Angriffen des General Reim gegen den bayerischen Ministerpräsidenten wegen seiner Warnung vor weiteren Rüstungen. Unser Parteiblatt bemerkt dazu auf Grund zuverlässiger Information: „Daß eine neue große Forderung für die Marine kommen wird, steht ziemlich fest. Dann wird Herr v. Hertling zeigen können, was er von der Reichsverfassung versteht und daß er den Willen und den Mut hat, im Bundesrat eine Rubenpause zu vertreten. Zur Zeit hat er dafür auch die Meinung des Königs von Bayern für sich, der kurz vor Weihnachten 1913 beim Besuch eines hiesigen Vereins sich sehr energisch gegen die ihm als durchaus unnötig erscheinenden fortgesetzten Rüstungen und die neuen Wehrsteuern ausgesprochen hat.“

Der flüchtige Schutztruppen-Kochart.

Eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardedivision förderte einige interessante Einzelheiten über Vorgänge beim Sottentotten-Aufstand in Südwestafrika zutage. Der Unteroffizier Wenstrupp hatte sich am Sonnabend vor dem genannten Gericht wegen Fahnenflucht zu verantworten. Er war als Unteroffizier in die Schutztruppe eingetreten und dem Hauptmann Köpp zugeteilt worden, dessen Abteilung zur Unterdrückung des Aufstandes nach den südlichen Teilen des Oranjesflusses kommandiert wurde. Wenstrupp hatte sich mit dem Hauptmann überworfen und da er glaubte, ungerecht behandelt worden zu sein, flüchtete er auf englisches Gebiet. Diese Flucht begründete Wenstrupp mit dem Hinweis, daß er befürchtet habe, bei seiner Rückkehr standrechtlich erschossen zu werden. Durch einen Vorgang, der sich einige Zeit vorher abgespielt habe, sei er auf diesen Gedanken gekommen. Bei einem Ueberfall des Sottentottenführers Morenga auf eine Farm seien drei Leute gefangen genommen, die man wegen Spionage zum Tode verurteilt und sofort standrechtlich erschossen habe. Er, der Angeklagte, habe damals einen der Leute verteidigt, und er sei der Ansicht, daß die Verurteilung unschuldig erschossen worden seien. Vor einem ordentlichen Gericht hätte man ihre Unschuld nachweisen können. Außerdem habe man ihn gewarnt, wieder nach der Station zurückzukehren. Man habe ihm gesagt, er werde auch erschossen. — Wenstrupp war dann nach Neuseeland ausgewandert und kam später nach Amerika. Nun rechnete der Angeklagte damit, daß er aus Anlaß des Regierungsjubiläums begnadigt werden könne. Er kehrte deshalb nach Deutschland zurück, wußte aber nicht, daß er noch nicht verurteilt worden war. Das Gericht verhängte die niedrigste zulässige Strafe von fünf Jahren Gefängnis und verurteilte Wenstrupp außerdem zur Degradation und Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Seite 2.
Zeitungsverkauf
von Ihnen nachzu
breinere
Und dabei
langen Sie
Malzkaffee.
!
unkanten
ässigung!
an
an
auf größeren
arten
elektr. Licht.
Karlsruhe
mlung
6 Uhr,
791
age.
freundl. an
Vorstand.
Karlsruhe.
über Bild
mielagen. Ge
mine Felger
hier, mit
Postaffirmat
rgheim, An
Hilbert, Schlo
r, Chemann, 3
alt 58 Jahre
ahre. Wilhelm
s. Verlobt
Wihelm, 3
alt 68 Jahre
alt 69 Jahre
alt 88 Jahre
Oberpost
82 Jahre. 3
ere. Berg
ners, Tag
ner, 3
Jahre. 3
Wihelm, 3
alt 68 Jahre
alt 69 Jahre
alt 88 Jahre
alt 89 Jahre
alt 90 Jahre
alt 91 Jahre
alt 92 Jahre
alt 93 Jahre
alt 94 Jahre
alt 95 Jahre
alt 96 Jahre
alt 97 Jahre
alt 98 Jahre
alt 99 Jahre
alt 100 Jahre

Die Wirkung der Zündwarensteuer.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Dienstag über acht Eingaben; sieben davon fordern Verringerung der Zündholzerzeugnisse, die achte wünscht gleichzeitig eine Herabsetzung der Zündwarensteuer. Die Petitioner rühren von Zündholzfabrikanten und ihrem Verein her, außerdem hat der Magistrat der Stadt Janow i. P. eine Eingabe gefandt. Aus den Eingaben ergibt sich, wie ruinös diese Steuer für Industrie und Arbeiter gewirkt hat. Es seien nur die Angaben des Magistrats der Stadt Janow angeführt. Danach war die Zahl der Zündholzarbeiter an diesem Orte am 1. Oktober 1909: 530; am 1. Oktober 1912 zählte man nur noch 314, mithin ein Abgang von 216. Der Verlust an Einwohnern in diesem Städtchen, als Folge der Steuer, wird auf 400 beziffert. Die Verminderung der Zündholzfabrikarbeit ist auch nicht ohne Einfluß auf die Finanzen Janows geblieben. Vor Einführung der Zündholzsteuer betrug die Steuerzuschläge 150%, sofort nach Einführung der Steuer 200% und jetzt 225%. — Der Absatz der gesamten Industrie an Zündholzern betrug 1912 42% weniger wie vor der Einführung der Steuer. Der Referent, Abg. Schwarz (Str.) wollte die Petition als Material überweisen. Die Sozialdemokraten empfahlen die Petitionen, soweit sie Herabsetzung der Steuer verlangen, der weitgehendsten Beachtung. Sie lehnten es aber ab, eine Steuer, die bereits ein Gewerbe ruiniert hat, noch auf andere Gewerbe auszuweihen. — Ueber die weitere Forderung, auf die Feuerzeuge eine Steuer von 2 Mk., auf die Zündsteine eine Steuer von 50 Pf. pro Stück zu legen, wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Wünsche nach Herabsetzung der Zündholzsteuer wurden der Regierung als Material überwiehen.

Das Ende eines Soldatenschinders.

In Münster (Westfalen) hat sich am Samstag vormittag der Feldwebel Sinze von der 3. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 55 erschossen. Seine Leiche wurde im Walde des Biegenberges aufgefunden. Als Motiv zur Tat wird Angst vor Strafe wegen Soldatenumhändlung angenommen. Der Feldwebel hatte einem Soldaten ins Gesicht geschlagen, daß diesem der Unterkiefer zertrümmert wurde und er ins Lazarett gebracht werden mußte.

Abg. Erzberger im Schmutz fremder Federn.

In der Sitzung des Reichstags vom 20. März d. J. hatte Abg. Erzberger bei der Beratung des Etats für Ostafrika zwei Erlasse zur Sprache gebracht, die der jetzige General v. Brochem verbrochen hatte, als er in Ostafrika als stellvertretender Gouverneur tätig war. Die Erlasse beziehen sich auf das Herumlaufen von Hunden und auf die Art, wie der Gouverneur und der stellvertretende Gouverneur zu grüßen seien. Abg. Erzberger war sichtlich bemüht, den Eindruck zu erwecken, als wenn er bis dahin noch ganz unbekannte Dinge zur Sprache bringe. Mit keinem Wort deutete er an, daß die Brochemschen Erlasse schon einmal im Reichstag erörtert worden sind. Das ist freilich etwas über 20 Jahre her. Unser verstorbener Genosse Bebel hatte das gesamte auf Brochem bezügliche Material aus Daresalam erhalten und hatte es am 6. Februar 1894 bei der Beratung des Etats der Schutzgebiete im Reichstage zur Sprache gebracht. Abg. Erzberger hat fast wörtlich die Bebel'schen Ausführungen in allen ihren Einzelheiten wiederholt, ohne auch nur die geringste Andeutung zu machen, aus welcher Quelle er schöpfte. Ein solches Verhalten nennt man auch, sich des Plagiats schuldig machen.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommmission des Reichstags wurde am Dienstag nochmals auf die Schlusstunde für die erlaubte Sonntagsarbeit zurückgegriffen und gegen die Sozialdemokratie, die 1 bezw. 2 Uhr mittags als Schlusstunde beantragte, ein nationalliberaler Antrag von der bürgerlichen Mehrheit angenommen, wonach der Schluß spätestens 2 Uhr erfolgen muß, wenn die Sonntagsarbeit nicht mehr als 2 Stunden beträgt, dagegen 3 Uhr, wenn sie mehr als 3 (1) Stunden beträgt. Ausnahmen bleiben aber auch

hier noch zugelassen. Endet die Sonntagsarbeit später als 2 Uhr, so ist eine angemessene Mittagspause zu gewähren. Dann beschloß man einstimmig, nach dem sonntäglichen Arbeitschluß eine halbe Stunde für das Zuerstbedienenden der Kundschaft zu geben. Das Verbot des Sauerhandels während der Sonntagsruhe soll an anderer Stelle des Gesetzes geregelt werden; für jetzt zieht das Zentrum seinen Antrag zurück. Zur Sonntagsruhe im Apothekergewerbe, die den Hauptteil der Sitzung ausfüllte, liegen drei Anträge vor. Die Sozialdemokraten beantragten für die Orte mit nur einer Apotheke Uebernahme der bisherigen Bestimmungen der Medizinalordnungen in das Reichsgesetz, also fakultative Sonntagsruhe auf Antrag des Apothekenbesizers; für Orte mit mehreren Apotheken obligatorische Einführung der Sonntagsruhe im regelmäßigen, von der höheren Verwaltungsbehörde festzusetzenden Turnus so, daß in den zu bildenden Apothekenbezirken je eine Apotheke wechselweise aufhält, die anderen schließen. Das Zentrum will der höheren Verwaltungsbehörde nur die „Möglichkeit“ dieses Vorgehens in Orten mit mehreren Apotheken geben, aber nichts bindend vorschreiben; für die Orte mit einer Apotheke soll keinerlei Regelung Platz greifen. Sozialdemokratie und Zentrum wollen den beschäftigten Gehilfen Erzeugnisse in der Woche geben. Für die Sozialdemokratie kämpfen die Genossen G o s s e und Dr. Q u a r t nachhaltig gegen den Vertreter der preussischen Regierung, der jede gesetzliche Regelung ablehnt und die verbrauchtesten Gründe gegen die Sonntagsruhe der Besitzer und Gehilfen vorbringt. Der Christlich-sozialer Abg. B u r c h a r d t der früher selbst Apothekenbesitzer war, sowie der nationalliberale Handlungsgehilfensekretär M a r q u a r t unterstützen die sozialdemokratischen Anträge, während Graf P o s a d o w s k y diesmal verlagte. Obgleich der Zentrumabg. Dr. S i e e erklärte, daß ihm die sozialdemokratischen Anträge „imponieren“, stimmten Zentrum, Freisinn und Nationalliberale die Anträge nieder. Es bleibt demnach beim Zentrumsantrag, der nur die bisherige fakultative Sonntagsruhe für Orte mit mehreren Apotheken, für die Orte mit einer Apotheke nichts bringt.

Der Waffengebrauch des Militärs.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden, daß eine Einigung zwischen den Bundesstaaten über den Waffengebrauch des Militärs erzielt worden ist und in den nächsten Tagen amtlich bekannt gegeben werden soll. Die Einigung bedeutet aber nicht eine einheitliche Regelung des Waffengebrauchs in allen Bundesstaaten, denn Bayern habe seine besseren Bestimmungen nicht aufzugeben. Die Einigung bezieht sich hauptsächlich auf Elsaß-Lothringen, wo Bestimmungen getroffen sind, die für alle dort garnisonierenden Truppenkörper gelten und sich ganz wenig von der preussischen Rabinetsordre von 1820 unterscheiden.

Ausland.

Belgien. Die rote Woche in Belgien. Das Bureau des Nationalrates der belgischen Arbeiterpartei hat nunmehr die Woche vom 5. bis 12. April, die rote Woche, als Woche für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Für Sonntag den 6. April sollen die Föderationen in allen größeren Orten Versammlungen vorbereiten, die sich mit der Petition um das allgemeine Wahlrecht zu befassen haben. Die Woche soll dann zur Sammlung von Unterschriften für die Petition dienen.

Russland. Der Ballonführer Berliner im russischen Gefängnis. Das Schicksal des Berliner Ballonführers Ingenieur Hans Berliner und seines Mitfahrers, die beide am 8. Februar in Witterfeld aufstiegen, in Perm (Rusland) landeten und dort als Spione verhaftet wurden, interessiert bereits den deutschen Reichstag. Ein Regierungsvertreter erklärte am Dienstag auf eine Anfrage, die Untersuchung gegen Berliner werde voraussichtlich in den nächsten Tagen beendet sein. Nachstehender Brief, den Berliner nach Chemnitz geschickt hat, läßt aber vermuten, daß die unvorsichtigen Aufschiffer noch manche Woche als Spione im russischen Gefängnis werden schmachten müssen. In dem Briefe heißt es u. a.: „Man hat jetzt Anlage wegen Spionage

gegen uns erhoben. Die Richter haben etwa 150 Seiten Material zusammengetragen. Die unglücklichsten Sachen wickelt man ab. Ein Artillerieoberst, der die Verhandlung leitete, befragte mich, ob wir mit unserer Fahne lediglich die Luftschiffe feststellen wollten, die einem Zeppelinkreuzer von Rußen sein könnten. Die Richter fragten an der Landungsstelle die Rußen, ob wir nicht über militärische Sachen gesprochen hätten. Aus Petersburg ließ man einen Aufsichtspatruillen kommen. Dieser aber konnte nicht einmal die einfachen an ihn gerichteten Fragen beantworten und er mußte nach Petersburg zurückkehren, um diese Fragen von seinen Kollegen beantworten zu lassen. Uns wurde mitgeteilt, daß die Verhandlung gegen uns nicht vor Ende Mai stattfinden könne. Mein Mitfahrer und ich sind geschäftlich in Berlin gebunden und werden durch die lange Zeit schwer geschädigt. Ich weiß mir schon gar keinen Rat mehr. Das fürchterliche ist, daß wir von jedem Verleumdungsbeamten sind. Wir werden ständig von zwei Kriminalbeamten und einem Schutzmann überwacht. Durch die vielen Anweisungen und das schlechte Essen bin ich am Ende meiner Kräfte. Unternehmen Sie eiligst energische Schritte, denn die Zeit ist kostbar, unsere Freilassung bald erfolgen kann. Es ist ein teuere Welt, reform, den ich ertragen habe und auf den ich ganz verzichtet hätte.“

Badischer Landtag.

Die Kammer trat gestern in die Beratung des Voranschlags des Finanzministeriums ein. In eingehender Weise behandelte Genosse S i e b e n d als Berichterstatter den Voranschlag der Zoll- und Steuerverwaltung, der einen Rückgang der indirekten Steuern um 74 750 Mk. bringt. Der Zentrumabgeordnete B ö h l e r sprach sich gegen eine Verringerung der Fleischsteuer aus, während der nationalliberale Redner Dr. K o c h vorwiegend die übertriebene Sparsamkeit an Hand beschiedener drastischer Beispiele illustrierte, die allgemeine Steuererleichterung. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion präzisierter Genosse W e b e r, der sich zutreffend gegen die indirekten Steuern wandte und auf Grund der Eingaben der Grenzorte in wirksamer Weise die Sinnwidrigkeit der deutschen Zollpolitik kennzeichnete. Der Fortschrittler W e n e d e r schloß sich diesen Ausführungen an, um sich dann entsetzt gegen die Fleischsteuer zu wenden. Finanzminister Dr. R e i n h o l d t ging in längeren Ausführungen auf die verschiedenen Anregungen ein, wobei er mitteilte, daß über das Ergebnis des Beitrags Ende April berichtet werden könnte. Heute wird die Debatte über das Finanzministerium fortgesetzt. Alsdann wird in die Beratung des Voranschlags der Forst- und Domänenverwaltung eingetreten. Nach Erledigung dieser Etatspositionen wird der Landtag in Osterferien gehen.

55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Parl. Saal, 26. März. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissäre. Eingegangen ist eine Petition der Gemeinderäte Altrach und Lurmbach um eine staatliche Automobilverbindung Altrach—Munderthal. Ueber den Voranschlag des Groß. Ministeriums der Finanzen für die Jahre 1914 und 1915 (Titel 1, 2, 3, 10, 11 und 12 der Ausgaben) erörtert Abg. Rauschbach (Konj.) den Bericht der Budgetkommission. Die Kommission stellt den Antrag, für die Jahre 1914 und 1915 zusammen: für Ministerium (ohne Eisenbahnabtl.) 401 400 Mk., Landeshaupkasse 178 270 Mk., Hochbauwesen Ordentl. Etat 1 877 840 Mk. und Außerordentl. Etat 200 600 Mk., insgesamt also 1 628 400 Mk.; ferner für Rubergehalt, Inhaberbesitzerunterstützung und Beihilfen 23 676 400 Mk.; Allgemeiner Fonds für nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art 50 000 Mk.; Außerordentliche Verbindungen und Beihilfen 68 840 Mk. Ueber die Entwicklung der Rubrikhalte und Hinterbliebenenbezüge wurde eine Resolution erbeten; ebenso eine Begleichung der Stellenszahl der Beamten. Die Kommission beantragt Genehmigung. Den Bericht der Budgetkommission über die Zoll- und Steuerverwaltung erstattet

Im Gespenstergesängnis.

(Schluß.) Als ich mich nach der Krankheit wieder einigermaßen erholt hatte, wurde ich aus dem Spital entlassen und in eine Einzelzelle gesperrt. Mit diesem Tage fing die grausame Dressur und Quälerei an. Warum bin ich nicht gleich gestorben? Ich schäme mich, alles zu gestehen, was ich erlebt habe. Zum Beispiel den täglichen Spaziergang: der findet unter der Aufsicht des Assistenten Anenski, des Oberaufsehers und des Inspektionsassistenten im Gefängnis statt. Die Sträflinge gegen partweise, stramm, in langsamem Schritt, die Bewegungen auf Befehl des Aufsehers ausführend. Zu sprechen oder umherzuschauen ist verboten. So ein Spaziergang mußte unter andern Umständen eine Erleichterung sein. Aber unsere Fenster verstanden es, daraus eine Folter zu machen. Wir kehrten in unsere Zellen geprügelt und wie gebrochen zurück. Mit Freuden hätte ich auf dieses Privilegium verzichtet, aber der Spaziergang war obligatorisch. Der Assistent Anenski achtete darauf, daß die Gefangenen alle in Reih und Glied standen. Sobald er die kleinste Abweichung bemerkte, fing er an, die Leute auszurufen, indem er auf Rücken, Brust und Unterkiefer Schläge austeilte. Nach der Abendkontrolle fing das Gebet an. Alle mußten beten; die Konfession kam nicht in Betracht. „Ich werde Euch Salumen alle zum richtigen Glauben belehren“, pflegte er zu sagen. Und wirklich. Seine Missionstätigkeit trug fruchtbarste Früchte. Alle beteten: Russen und Tataren, Juden, Lutheraner und Katholiken. Nach der Kontrolle legten wir uns stillschweigend schlafen. Auf der Schlafbahn darf man sich nicht rühren, damit das Rettengerassel nicht die Ruhe stört. Niemand wagte zu sprechen, nicht einmal ganz leise. Wir waren in so hohem Grade terrorisiert, daß uns ein mit normaler Stimmkraft ausgesprochenes Wort als etwas Unbegreifliches und Schreckliches vorkam. Nachts mußten wir uns zu dem Schmutzbecken (Barakha) stellen, sonst meldete der

Aufseher am Morgen gleich, daß der und der aufgefunden und in der Zelle herumspaziert sei. Ich kenne Gefangene, die aus Furcht ihre Bedürfnisse auf der Schlafstelle befriedigten. Bei den meisten entwickelten sich verschiedene Magenkrankheiten. Tagsüber, wenn ein Aufseher durch den „Judas“ (ein kleines Fenster in der Tür) schaute, waren wir verpflichtet, aufzustehen und stramme Haltung anzunehmen, sonst wurden wir geschlagen. Ich hatte in Drel einmal das Mißgeschick, an rheumatischen Anfällen zu leiden. Als der Assistent Anenski eines Tages durch den „Judas“ guckte, konnte ich mich nicht erheben. Alle Anstrengungen waren erfolglos. Ich wollte mich mit beiden Händen an der Wand stützen, doch die Hände fielen kraftlos herab. Anenski machte die Tür auf, rief den Tagesaufseher und sagte kurz: „Nehmt ihn!“ Weiß Gott, war es die Schwäche, waren es meine Leiden, die mir den Gedanken eingaben, an das menschliche Mitgefühl des Assistenten zu appellieren, an ein Mitleid, welches er gar nicht besaß. Er zögerte einen Augenblick. Sollte er mir glauben oder nicht? Wahrscheinlich war mein Aussehen ein genügender Beweis meiner Krankheit. Schließlich siegte doch die Barbarei. „Simulation!“ schrie er. „Zum Doktor!“ Der Arzt kam, sah mich an und erklärte mich für gesund. Ich wurde schrecklich geschlagen, man steckte mich in eine Zwangsjacke und warf mich in den Karzer. Ich fing an Blut zu spucken. Wie schwer ist es, das alles zu beschreiben und zu bekennen, daß man diese Schandung seiner Menschenvürde ertragen mußte. Es ist, als ob man alle diese Qualen nochmal durchlebte. Der Gedanke aber hat meine Kräfte aufrecht erhalten: „Du mußt den Menschen alles sagen, was du gelitten hast, was du und deine Genossen in dieser Hölle durchlebt haben. Es ist deine Pflicht — eine schwere, schmerzliche Pflicht.“

Jede Veränderung im Gefängnisleben wurde mit Geschäftlichkeit ausgenutzt, um neue Qualen zu schaffen. Es schien, als wären die Gefangenen in ein stacheliges Netz

eingewickelt, in welchem jede Bewegung schreckliche Schmerzen bereitete. Während des ganzen halben Jahres nach unserer Ankunft wurde in der ganzen Etage ständig geschlagen. Diese Peinlichkeit wurde hauptsächlich durch zwei geistesgestörte Gefangene verursacht, die ständig flüchteten, die andern wollten sie töten, weil sie sich für ihren Verfall rächen wollten. Das genigte vollständig, um alle Insassen dieser Zelle peitschen zu lassen. Dann verfehlte man die Verurteilten in eine andere Zelle, wo sich die gleiche Geschichte wiederholte. Auf diese Weise wurde die ganze Etage ununterbrochen gepeitscht. Aus einer der unglücklichsten Zellen richteten die politischen Gefangenen ein Geschick an den Gefängnisinspektoren, man möchte diese zwei Gefangenen einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Des Schreien wurde dem Inspektor gar nicht zugestimmt und seine Verfasser wurden erbarmungslos geschlagen. Erst nachher stellte man die zwei Kranken unter besondere Aufsicht, worauf sie sich gegenseitig anflügten und nun endlich auf Grund einer ärztlichen Untersuchung als Geisteskranke in eine Anstalt für solche interniert wurden. In den schlimmsten Qualen im Drel Gefängnis gehören der Karzer und die Arbeit bei der Reinigung der Baumwollfäden. Der Karzer wird im Winter natürlich nicht geheizt. Die Häftlinge werden nur mit Wäsche bekleidet, auf den Füßen, steinernen Fußböden geworfen. Ständbare und verhaßte Gefangene steckte man in eine Zwangsjacke und band ihnen Hände und Füße. Dann wurden sie an den Füßen gepackt und einige Male auf den Fußboden gemworfen. Das war eine Folter, die meist innere Verletzungen zur Folge hatte. Die Arbeit bei der Reinigung der Baumwolle war noch schlimmer. Denn außer der Baumwolle bekam man auch die gebräuchliche Portion Schläge. „Was? Willst Du in die Baumwolle? drohte der Assistent Sangailo, und das war die schlimmste Drohung. Der Raum, wo die Baumwolle gereinigt wurde, ist von heißer Luft und giftigem Staub erfüllt. Nach einer halben Stunde Arbeit wurden die Augen rot und brannten. Keiner hielt es länger aus als drei bis vier Monate.“

Die Kom für die Zeit im bedenklich ausserordentlich stark; ferner 1. März mit 7 (1) ... 2. März mit 7 (1) ... 3. März mit 7 (1) ... 4. März mit 7 (1) ... 5. März mit 7 (1) ... 6. März mit 7 (1) ... 7. März mit 7 (1) ... 8. März mit 7 (1) ... 9. März mit 7 (1) ... 10. März mit 7 (1) ... 11. März mit 7 (1) ... 12. März mit 7 (1) ... 13. März mit 7 (1) ... 14. März mit 7 (1) ... 15. März mit 7 (1) ... 16. März mit 7 (1) ... 17. März mit 7 (1) ... 18. März mit 7 (1) ... 19. März mit 7 (1) ... 20. März mit 7 (1) ... 21. März mit 7 (1) ... 22. März mit 7 (1) ... 23. März mit 7 (1) ... 24. März mit 7 (1) ... 25. März mit 7 (1) ... 26. März mit 7 (1) ... 27. März mit 7 (1) ... 28. März mit 7 (1) ... 29. März mit 7 (1) ... 30. März mit 7 (1) ... 31. März mit 7 (1) ...

Abg. Süßkind (Soz.):

Die Kommission stellt den Antrag, die Zweite Kammer wolle für die Jahre 1914 und 1915 genehmigen: die Ausgaben im ordentlichen Etat für je 1 Jahr mit 13 290 570 M. und im außerordentlichen Etat zusammen für beide Jahre mit 88 350 M.; ferner die Einnahmen im ordentlichen Etat für je 1 Jahr mit 73 870 700 M. Zu erwähnen ist noch, daß von dem „Kinderparagrafen“ bei der Einkommensteuer Gesamtsatz gemacht wurde: im Jahr 1911 in 475 Fällen; Steuerausfall 2889 M.; im Jahr 1912 in 4826 Fällen; Steuerausfall 24 906 M.; im Jahr 1913 in 4826 Fällen; Steuerausfall 24 906 M.; im Jahr 1914 in 8935 Fällen; Steuerausfall 46 830 M. In der Zentralverwaltung ist eine wesentliche Änderung eingetreten. In der Beamtenorganisation sind hierbei eine Reihe von Änderungen vorgekommen. Bei den Schreibbeamten ist eine starke Vermehrung eingetreten. Verschiedene nichtbetriebsmäßige Stellen wurden in etatsmäßige verwandelt. Am ganzen Betrag der hierdurch nötige Mehrbetrag bei der Bezirksverwaltung 108 000 M. Die Klagen bei der Grenzverwaltung sind behoben worden. Es scheint nun Ordnung eingetreten zu sein. Die Sachverhalte beim Sacharinsmuggel gaben in der Kommission zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Regierung für Strafgebühren beim Sacharinsmuggel höher seien, als das, was sie für die Abwehr ausgibt. Bei der Einkommensteuer ist ein größerer Abgang zu verzeichnen; ebenso sind die indirekten Steuern zurückgegangen. Dies hängt wesentlich mit der Weinsteuer zusammen. Ebenso ist auch bei den Justizfällen ein Rückgang zu verzeichnen. Die Vermögenssteuer wird auf 12 212 800 M. bezuschlagt gegen den letzten Budgetjahr von 11 212 050 M. Für die Einkommensteuer sind 27 256 000 M. eingelegt gegen 24 174 880 M. Der Gewinnanteil der Badischen Staat wurde mit 26 200 M. eingelegt gegen 43 870 M. Insgesamt wurden die direkten Steuern auf 39 762 720 M. veranschlagt, was ein Mehr von 3 805 670 M. bedeutet. Für die Veranschlagung zum Mehrbeitrag wurden 60 000 M. Kosten eingelegt. Es wäre interessant, nimmere über die Ergebnisse der Veranschlagung zu erfahren. Es ist nicht eingetroffen, daß die Reichsfinanzverwaltung die einzelnen Bundesstaaten stärker in die Verantwortung gezogen werden. Durch die strengere Handhabung ist es möglich, den entgangenen Betrag wieder einzulösen. Wenn dieses Jahr kein gutes Weinjahr kommt, ist zu erwarten, daß die Weinsteuer noch mehr zurückgeht. Wir wollen jedoch hoffen, daß das Jahr gut wird. Der Rückgang der Reichsfinanzverwaltung kommt von der Abnahme der Sachleistungen, die ein bedauerliches Zeichen darstellen. Es wurde deshalb auch davon gesprochen, die Fleischsteuer ganz zu beseitigen. Bei den indirekten Steuern sind folgende Sätze eingelegt: für die Einkommensteuer 1 611 180 M. gegen bisher 1 927 210 M. Bei der Biersteuer ist ein Mehr von 156 980 M. zu verzeichnen. Die Fleischsteuer wird mit 760 160 M. veranschlagt, was ein Minus von 62 490 M. ergibt. Die Grundsteuer der Klassen I bis III ergibt ein Mehr von 261 470 M. Für die Wertzuwachssteuer sind 398 000 M. eingelegt. Insgesamt sind die indirekten Steuern auf 20 626 400 M. veranschlagt gegen den bisherigen Budgetjahr von 20 701 150 M. Die Einnahmen aus Justiz- und Polizeifällen werden auf 9 694 820 M. veranschlagt, gegen bisher 9 219 170 M. Die Gerichtskosten ergeben ein Mehr von 176 220 M. und die Sporenen ein Mehr von 886 250 M. Die Hundsteuern werden mit 78 800 M. eingelegt, gegen bisher 764 810 M. Die Vergütung des Reichs für die Kosten der Grenzverwaltung ist auf 1 445 690 M. und für die Kosten der Verwaltung der Reichsfinanzverwaltung auf 886 100 M. veranschlagt. Für verschiedene Einnahmen sind 1 614 970 M. eingelegt.

Präsident Rohrbach macht darauf aufmerksam, daß verschiedene Petitionen und Anträge hierzu vorliegen. Diese werden später behandelt und scheiden aus der gegenwärtigen Debatte aus.

Abg. Köhler (Zentr.): Während bei den indirekten Steuern eine rückläufige Bewegung stattfindet, ist bei den direkten Steuern eine Steigerung vorhanden. Hieraus ergibt sich die Bedeutung der direkten Steuern, die stärker gefordert werden sollten. Eine Hintereziehung beim Mehrbeitrag sollte mit Gefängnis geahndet werden. (Sehr richtig!) Den Generalpardon kann das Volk nicht ganz verstehen. Unsere Veranlagungsbeamten müssen mit der kaufmännischen Buchführung vertraut gemacht werden. Ebenso ist ein Ausbau des Instituts des Schatzungsrates nötig. Beim Kinderparagrafen sind mancherlei Klagen vorzubringen. Der Redner weist auf die Steuerfreiheit der außerhalb des Reichs wohnenden Pensionäre hin. Ueber die Steuerverhältnisse der Fürsten berichten im Volke falsche Ansichten. Es ist unrichtig, daß der Großherzog, der Fürst von Fürstentum u. s. w. steuerfrei sind. Hierüber sollte mehr Aufklärung gegeben werden. Die Abschaffung der Fleischsteuer lehnten wir aus finanziellen Gründen ab. Die Finanzverwaltung sollte wissen, ob sich die Verhältnisse bei der Zollverwaltung nicht ändern lassen. Eine unvermittelte Abänderung der Bestimmungen über die Zölle würde gefährlich wirken. Die Besteuerung der

berurteilte bekam gewöhnlich heftige Tuberkulose und ging schnell dem Tode entgegen.

Die Leser werden gewiß mit Verwunderung fragen: wie kommt es, daß am hellen Tage so schreckliche Grausamkeiten und Verbrechen geschehen, und daß die zivilisierte Welt nichts davon weiß? Versuchen denn die Gefangenen nicht, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, was in den Gefängnissen geschieht?

Wir haben schon Anlagen eingereicht, und mancher von uns hat es mit dem Leben bezahlen müssen. Es gelang uns einmal, den Mitgliedern der Duma und den Zeitungen einige Einzelheiten mitzuteilen. Die Redaktionen wurden bestraft und in der Duma wurde jede Diskussion abgelehnt. Bald danach erschien eine Widerlegung, die von den Gefangenen unterschrieben war. Diese Widerlegung kam auf folgende Weise zustande: in der Zeitung, welche über die Drelere Zustände schrieb, waren auch einige Namen der Folteropfer genannt worden. Als die Gefängnisverwaltung dies erfuhr, verbot sie die Beteiligten. Bei dem Verhör waren anwesend: der Gefängnisinspektor, der Vorsteher und der Assistent. Die Unterredung hatte ungefähr folgenden Verlauf:

„Sagt Ihr in den Zeitungen von den Folterungen geschrieben?“

„Ja!“

„Weil diese Beschreibungen der Wirklichkeit vollständig widersprechen, haben wir eine Widerlegung verfaßt. Unterschreibt sie!“

„Nein, wir unterschreiben sie nicht. Wir finden, daß die angeführten Tatsachen gerade die Wirklichkeit darstellen.“

„Überlegt es Euch gut; morgen fragen wir wieder.“

Nach der Abfahrt des Inspektors fingen die Gefangenen an zu „überlegen“, und die Gefängnisverwaltung half ihnen dabei: sie wurden in den Karzer geworfen.

ausländischen Weine ist nötig. Man kann nur wünschen, daß die Schweiz die Bestimmungen über den Zölloffizsmuggel streng handhabt. Bei der Besteuerung des beschädigten Tabaks sind Klagen laut geworden; hier sollten die Wünsche berücksichtigt werden. Durch die verschiedenen Reichsfinanzreformen sind die Kräfte unserer Steuerbeamten sehr beansprucht worden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Koch (Natl.): Bei der Einschätzung von Fabrikgrundstücken sind mir Klagen von Industriellen zugegangen, daß die Grundstücke zu hoch eingeschätzt wurden. Gegenüber den Steuerdefraudanten sollte die Regierung rücksichtslos vorgehen. Hier sollte keine Ermäßigung der Strafe eintreten. Der Redner trägt einen Wunsch bezüglich des Sprechzimmers im Hebelberger Steueramt vor. Bezüglich der Beamten sind verschiedene Wünsche vorzubringen. Anträgen möchte ich, warum der Zugang zum mittleren Staatsdienst noch erschwert ist, trotzdem Personalmangel besteht. Durch die Beziehung von Ausschüssen Personen können die internen Fragen der Steuerzahler leicht gefährdet werden. Der Schutz der Steuerbeamten vor ungerechtfertigten Beleidigungen sollte größer sein. Mit den Mitteln der Literatur sollte nicht allzu sehr gespart werden. Ueberhaupt wird bei den Finanzämtern im Innendienst zu sehr gespart. Auch beim Personal wird zu viel gespart. Die Dienstvereinfachungen sollten nicht mit neuen Vorschriften verbunden sein. Der Beamtenkörper ist daher verärgert. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Wir finden, daß die indirekten Steuern einen erheblichen Teil des Budgets bilden. Ich meine, daß der Rückgang der indirekten Steuern unter gewissen Voraussetzungen an sich zu begrüßen ist. Der Rückgang der Fleischsteuer ist insofern zu bedauern, als das auf den Rückgang des Schlachtgewichts zurückzuführen ist, was für unsere Ernährungsvhältnisse ungünstig ist. Der Abnahme der Biersteuer steht eine Zunahme der Biersteuer gegenüber. Aus der Rede des Abg. Köhler ersehen wir, daß die bürgerlichen Parteien die indirekten Steuern befürworten. Wir wünschen die Abschaffung der indirekten Steuern besonders bei Lebensmitteln und ihren Erzeugnissen.

progressiv gestaltete Einkommensteuern. Die Institution der Schätzungsrate sollte individueller gestaltet werden. Besonders sollten jedoch hierbei auch Arbeiter beigezogen werden, damit hier eine Besserung eintritt. Was den Kinderparagrafen bei der Einkommensteuer betrifft, so sollte man noch weitere Erleichterungen schaffen. Die Frage der Reichspensionäre ist eine alte. Es wird stets darüber geflagt, daß diese Leute steuerfrei im Ausland auf Kosten des Reiches leben. Hier sollte die Regierung eingreifen. Durch den

Generalpardon wurden dem Reich erhebliche neue Steuermittel zugeführt. Bei der stetigen Verlängerung des Generalpardons wurde jedoch zu wenig getan. Es wurden von manchen Kapitalisten durch freier Leute gesucht zur Aufstellung der Vermögen, wobei mandamental geradezu auf Steuermogeleien ausgegangen wurde. Die Arbeiter haben nicht die Möglichkeit, dem Staate Steuern zu ersehen. Jeder Pfennig, sogar die Werkzeuge, die vom Lohne abgezogen werden, müssen versteuert werden. Hier sollte die Regierung erklären, daß sie milde verfahren wolle. Interessieren würde mich die Mitteilung der Regierung über die Ergebnisse des Mehrbeitrags. Die Vergünstigung der Grenzbevölkerung beim

Grenzverkehr sollte beibehalten werden. Die jetzigen Petitionen der Bäckermeister in den Grenzorten illustrieren am besten die Schädigung unserer Zollpolitik. (Sehr richtig!) Eine Abschaffung der jetzigen Vergünstigungen beim Grenzverkehr würde die schlimmste Schädigung für das arbeitende Volk an den Grenzorten bedeuten. (Sehr gut!) Wenn die Petitionen der Bäckermeister an der Grenze einen Erfolg haben werden, so hoffen wir, daß diese Leute davon abkommen, den reaktionären Parteien Gefolgschaft zu leisten. Ich weiß nicht, wohin es führen soll, wenn, wie es neulich im 7. Wahlkreis gewünscht wurde, die Tabaksteuer noch mehr erhöht werden soll. Dies wäre von großem Schaden für die Tabakindustrie. Von

Erzingen sind mir Klagen zugegangen, daß die Regierung beim Wohnungsbau Schwierigkeiten machte. Hierdurch müßten die Leute in die Schweiz gehen und dem Staate gehen Steuern sowie den Gemeinden Umlagen verloren. In Durlach hatten wir ein Enteignungsverfahren wegen einer Straße. Es kam dann jedoch eine Regelung zustande. Merkwürdig berührt, daß Durlach dann nicht sofort den hinterlegten Betrag zurückerhielt, sondern erst der Verwaltungsgerichtshof befragt wurde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der einleitenden Petitiorei fragte der Assistent: „Na, vielleicht habt Ihr Euch schon entschlossen, zu unterschreiben?“

„Nein, wir unterschreiben nicht!“

„Gut, wir wollen sehen.“

Neue Folterungen.

„Habt Ihr es Euch schon überlegt?“

„Wir unterschreiben nicht!“

Wieder Schläge. Die Unglücklichen werden ohnmächtig, doch kaltes Wasser und Salmiak bringen sie wieder zum Bewußtsein.

„Hört, Ihr Hunde! Mit Euch werde ich nicht spaßen. Lebendig oder tot müßt Ihr unterschreiben! Hört Ihr!“

Der Assistent hatte recht. Das Dementi wurde unterschrieben.

Ich will nicht die Genossen aufzählen, die sich erhängten, vergifteten und die Adern geschnitten. Im Vergleich mit der Sterblichkeit war die Zahl der Selbstmorde ziemlich klein. Die Tuberkulose forderte die meisten Opfer. Jeden Tag starben Leute, sie verschieden still, gingen unbeachtet hin, ihren Nachfolgern Platz machend.

Ich lebte anderthalb Jahre in diesen Gespensterkammern und nahm schon Abschied von dem Gedanken, die Mauern einmal wieder zu verlassen. Vollständig unerwartet dämmerte die Hoffnung auf Befreiung. Als meine Familie von dem System erfahren hatte, das in Drel herrschte, betrieb sie meine Befreiung in ein anderes sibirisches Gefängnis.

Eben bin ich auf dem Wege dorthin. Ich begegne wieder freien Menschen, sehr Frauen und Kinder. Auf alles schaue ich gleichgültig. Die Lebensfreude ist in mir für immer verloren. — Schwindsüchtig — nennt man mich. Ob ich noch lange leben werde? Erlebe ich noch den Tag der Freiheit? Ach! ein einziges Jahr wenigstens frei leben — ein einziges Jahr! Dann werde ich ruhig, sogar glücklich sterben!

Peter Sergiew

Abg. Benedy (Fortf.): Wir sind nach wie vor entschiedene Gegner der Fleischzölle, im Gegensatz zu Herrn Köhler. Es ist dies eine völlig unsoziale, heute nicht mehr begründete Steuer. Die Tatsache, daß unsere Grenzbevölkerung darum freit, von den Segnungen unserer Zollpolitik befreit zu werden, zeigt am besten das Widersinnige unserer Zollpolitik. Auf dem gleichen Standpunkt steht die Petition der Zollbeamten, die auf die Schädigungen unserer Zölle hinweisen. Es entsteht da die Frage, ob nicht endlich eine Abwehr unserer Wirtschaftspolitik erfolgen soll und ein Abbau unserer Zölle kommen soll. Diesen Gedanken sollte man ernstlich ins Auge fassen. (Abg. Birkh (Zentr.): Dies gilt nicht für Ihre Partei.) Selbstverständlich gilt dies für meine Partei. (Abg. Birkh: Ich danke schon.) Ich bin dafür, daß gegen die Steuerdefraudanten mit Gefängnisstrafen vorgegangen wird. Ueber die Personalverhältnisse bei der Steuerverwaltung liegen Klagen vor. Durch die vielen neuen Steuern sind die Steuerzahler immer mehr mit Arbeiten überlastet worden. Es ist erfreulich, daß die Frage der Neubewaffnung der Grenzbeamten gelöst wurde. Doch sind noch Wünsche bezüglich des Selteneitens vorhanden. Die Grenzauflieger sollten gegen die Unbilden der Witterung mehr geschützt werden. Die Befähigung des Publikums bei Fahrten auf dem Bodensee durch die Zollbehörden sollte beseitigt werden. Der Sacharinsmuggel stellt an die Grenzbeamten große Anforderungen. Deshalb wäre eine Vereinbarung mit der Schweiz zu begrüßen. (Beifall bei den Fortschrittlichen.)

Minister Dr. Rheinboldt: Ich möchte davor warnen, sich durch die Presseäußerungen über den Mehrbeitrag zu einer allzu optimistischen Auffassung bringen zu lassen. Bisher sind noch keine amtlichen Mitteilungen gemacht worden. Die Mitteilungen über plötzlichen Vermögenszuwachs lassen keinen Schluß zu, daß der betreffende große Vermögenssteile den Steuerbehörden verschwiegen. Denn der betreffende kann Vermögenssteile auch außerhalb Badens haben. Die Mitteilungen über das Ergebnis des Mehrbeitrags können frühestens Ende April erfolgen. Die Wandelagersteuer diente dazu, die Wandelager einzudämmen. Es ist daher ein Rückgang eingetreten. Der Ausbildung der Beamten in der kaufmännischen Buchführung wenden wir Aufmerksamkeit zu. Die jetzige Institution des Schatzungsrates unter Einteilung in Kommissionen erfüllt ihre Zwecke. Die Verfügung über die Besteuerung der Baifengelder mußte als unbillig zurückgenommen werden. Ueber die Besteuerungsverhältnisse der Fürsten haben wir bisher schon in der Presse, beherrschend zu wirken, gesucht; ich nehme jedoch die Belehrung des Abg. Köhler gerne entgegen. Die Schwierigkeit bei der Besteuerung der ausländischen Weine, die die süddeutschen Bundesstaaten beantragten, dürften im Bundesrat bald zu unsern Gunsten entschieden werden. Ich meine, daß es nicht ganz ernst zu nehmen ist, wenn Industrielle drohen, sie würden wegen der hohen Einschätzung in ein anderes Land ziehen. Derartige Drohungen hört man ja oft. Aber die Leute können ihre Fabriken nicht abreißen. Und sie kommen schließlich bei einem Wegzug vom Regen in die Traufe; denn Steuern müssen überall bezahlt werden. Das Ergebnis des Generalpardons von 1912 war nicht so groß, als man erwartete. Es kam dies daher, weil uns die anderen Bundesstaaten nicht genügend unterstützten, wie das jetzt beim Reichspardon geschieht. Auch lag damals keine Deklarationspflicht vor. Eine Milderung bei Strafen wegen falscher Deklaration trat ein, wenn die Verhältnisse es verlangten. Eine Verschärfung der Strafen wird jedoch erwogen. Ein allgemeiner Mangel beim Zoll- und Steuerpersonal besteht nicht. Nur bei der Veranschlagung des Mehrbeitrags war ein Bedürfnis vorhanden. Bei der Aufnahme von Anwärtern muß vorsichtig verfahren werden. Die allzuzahlreiche Anstellung von Anwärtern bringt später eine Ueberfüllung mit sich. Von den Verhältnissen in der Zoll- und Steuerverwaltung brachte Abg. Koch ein Zerrbild. Ueber die Zoll- und Steuerbeamten wird ja immer geflagt. Es ist dies historisch; schon in den Evangelien werden die Zöllner zu den Sündern gerechnet. (Heiterkeit.) Der Prüfung der vom Abg. Weber angeschnittenen Frage der Besteuerung der Auslandsrenteniere will ich näher treten. Die Vergünstigung im Grenzverkehr, deren Beseitigung in der Petitionskommission gewünscht wird, kann vorerst nicht geändert werden, da diese auf dem Handelsvertrag mit der Schweiz beruht. Höchstens käme eine Verschärfung in Betracht. Die Tabaksteuer brachte keinen Rückgang des Tabakkonsums. Auf die Fleischzölle können wir ohne einen Erfolg nicht verzichten. Trotz der bevorstehenden großen Ausgaben wollen wir eine Erhöhung der direkten Steuern vermeiden. (Bravo!) Eine Garantie kann ich allerdings hierfür nicht geben. (Heiterkeit.) Wir sind bedacht, die Sacharinsmuggel einzudämmen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Finanzministerium, Zoll- und Steuerverwaltung; event. noch Bericht und Beratung des Voranschlags der Forst- und Domänenverwaltung. Schluß der Sitzung: 4 1/2 Uhr.

Die Beamten-Kommission der zweiten Kammer beschloß einstimmig, sämtliche Beamtenpetitionen der Regierung als Material für die Neuregelung des Gehaltstariifs, der dem nächsten Landtag vorgelegt werden soll, zu überweisen. Die Wünsche der Pensionäre und Pensionärinnen, sowie die des nichtetatmäßigen Personals und der Arbeiter wird die Regierung einer Prüfung unterziehen. Das Bedürfnis nach Änderung des Wohnungsgeldtariffs kann die Regierung nicht anerkennen. Die Anträge auf Änderung des Ortsklassenystems werden von der Beamten-Kommission besonders behandelt.

Badische Politik.
Vom Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde die Beratung des Voranschlags des Finanzministeriums in Angriff genommen. Nach Erledigung dieses Budgets wird der Landtag in Ferien gehen. In der Debatte über die Zoll- und Steuerverwaltung vertrat Genosse Weber in wirkungsvoller Weise den Standpunkt des arbeitenden Volkes, so daß seine Ausführungen allgemeine Beachtung finden dürften.

In der Proportionalwahlfrage nimmt das „Karlsruher Tagblatt“ erfreulicherweise eine bestimmte befürwortende Haltung ein. Im Anschluß an die dieser Tage in der württembergischen zweiten Kammer stattgefundenen Debatte über den Proporz schreibt das genannte Blatt in seiner Nr. 81 vom letzten Sonntag:

„Es gibt vielerlei Proporzsysteme, praktische und unpraktische. Wenn nun Württemberg ein unpraktisches eingeführt hat, und damit schlimme Erfahrungen macht, so spricht das doch nicht gegen den Proporz an sich! Von sehr sachverständiger Seite wurde das nach den württembergischen Landtagswahlen an dieser Stelle sehr beweiskräftig auseinandergesetzt.

Das praktischste dürfte das Sagenbach-Wischoffische System mit der Eimerwahl in den von den Parteien

in Unterbezirke eingeteilten Wahlkreisen sein, wie es in der badischen Regierungsdenkschrift (S. 88 ff.) mit sichtlichem „tolerari potest“ dargestellt wird; an dieses System reichen die Einwände nicht heran, die sonst gegen Proporz und Mehrheitswahl erhoben werden können. Das möge die badische zweite Kammer bei ihrer Verhandlung und Abstimmung über den Proporz beherzigen.

Abg. Konrad Gauhmann, der Demokrat, empfiehlt übrigens das „gemischte System“: Bezirkswahlen und Proporz, beide für sich getrennt, auch uns Badenern. Was aber in Württemberg in zwei verschiedenen, die Wähler aufregenden und ermüdenden Wahlgängen, dabei noch ein verfehltes Proporzsystem, vor sich geht, das können wir in Baden nach dem Hogenbach-Bischoffschen System in einem Wahlgang billiger und bequemer haben.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen.

Arbeiter und Pfarrer.

Der „Badische Beobachter“ gab in den letzten Tagen einem Fragesteller im Redaktions-Briefkasten folgende Auskunft:

Nach B. Wenn Sie unter allen Umständen lottern wollen, dann lottern Sie in der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie, die wohl die beste Lotterie bei uns ist. Wenn Sie aber absolut gewinnen wollen, dann halten Sie es mit uns. Wir spielen nämlich in jener Lotterie, in der man unter allen Umständen seine Einsätze gewinnt. Die Firma der Lotterie heißt: Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Gegen diese Auskunft ist nichts einzuwenden. Wir würden sie ebenso gegeben haben. Spareinlagen sind die beste Lotterie. Tags darauf brachte aber der „Beobachter“ folgende Briefkastennotiz:

An Herrn M. in Karlsruhe. Es freut uns riesig, daß unsere Briefkastennotiz von gestern Ihnen sehr imponiert hat. Sie schreiben aber weiter, Sie wären uns sehr dankbar, wenn wir Ihnen auch einen Rat erteilen könnten, wie man es anstellen müsse, um in unserer Lotterie spielen zu können. Es sei Ihnen bisher nicht möglich gewesen, darin zu spielen. Nun hören Sie, verehrtester, die Sache ist sehr einfach: 1. Nicht rauchen! 2. nicht schnupfen! 3. nicht mehr trinken als absolut nötig! 4. nicht spielen! 5. nicht hocken bleiben! 6. los vom teuren Sport! 7. los von der Vergnügungssucht! 8. los von allem, was unnütze Geldausgaben verursacht! 9. sich niemals auf den Faulpelz legen! 10. Was man auf diese Art erwirbt und erparnt, auf die Sparkasse bringen! 11. wenn die Lohnverhältnisse schlecht sind, bleibe nichts übrig, als den christlichen Gewerkschaften beizutreten, die sich bekanntlich alle erdenkliche Mühe geben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern. Nun, verehrtester, wählen Sie sich aus, was für Sie am besten paßt und wo sich am meisten ersparen läßt! Und nun viel Glück zum Spiel in unserer Lotterie!

Die Auskunft, die hier offenbar an einen Arbeiter gegeben wird, ist nach mehr wie einer Seite hin interessant. Erstens zeigt diese, was der Arbeiter in seiner Not vom Zentrum für einen Rat zu erwarten hat: Nicht rauchen, nicht schnupfen, nichts trinken, keinen Sport, kein Vergnügen, keine Erholung, keine Ruhepause; nur schuften, schuften, schuften und auf alle Freuden und Annehmlichkeiten des Lebens verzichten. Diese „christliche“ Weisung gibt der „Badische Beobachter“ dem Arbeiter. Für seine Notlage noch Lohn und Spott. Als ob man mit einem Arbeiterereinkommen in der heutigen Zeit sich noch große Extrazufügen erlauben könnte.

Anders der Herr Pfarrer. Unsere Leser erinnern sich, daß wir letzter Tage gegen den „Badischen Beobachter“ polemisierten in Sachen der Staatsdotierung an die Kirche zwecks Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen. Der „Beobachter“ malte die derzeitige Notlage der katholischen Geistlichen in den schrecklichsten Farben. Da soll nun der Staat eingreifen und jährlich über eine Million Mark zuschießen, damit den Herren, denen man im Gegensatz zu den ausgemergel-

ten Arbeitergestalten wahrlich keinen Mangel anseht, Gehälter bis zu 5000 Mark bei freier Wohnung im luxuriösen Pfarrhof bezahlt werden kann. Diesen gibt der „Bad. Beobachter“ nicht den Rat: „Nicht rauchen, nicht schnupfen, nichts trinken, nicht spielen, nicht hocken bleiben, sich niemals auf den Faulpelz legen!“ Er würde auch damit bei den Herren schön ankommen.

Was nun den Rat an den Arbeiter, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, anbelangt, so können wir dem betreffenden Arbeiter versichern, daß er hier in einer sehr schlechten Lotterie spielen würde. Die freien Gewerkschaften sind diejenigen Organisationen, die für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter ungleich mehr bieten, wie die christlichen Streikbrecherverbände. Gegenüber den Summen, die die freien Gewerkschaften an Preise, Arbeitslosen, Streik, Kranken-, Gemahregelten, Sterbe-, Umzugs-, Rottfall- usw. Unterstützung leisten, verschwinden die Zahlen, die die christlichen Verbände bieten, vollständig.

Aber der Arbeiter soll, wie aus der Briefkastennotiz hervorgeht, sich nach dem Zentrumsrezept nicht das geringste leisten, noch nicht mal eine Prise Tabak und wenn er durch alle möglichen Entbehrungen soweit körperlich und geistig heruntergekommen ist, daß er keinen vernünftigen Gedanken mehr fassen kann, dann soll er sich auch noch den christlichen Gewerkschaften anschließen und — was die Hauptsache ist — Zentrum wählen. Dem Arbeiter wird vom Zentrum der „Materialismus“ stets als Sünde angeschrieben, während der „Beobachter“ in seiner Erwiderung jedenfalls auf uns schimpfen wird, weil wir die „materialistische“ Seite der „Seelsorgetätigkeit“ der Geistlichkeit seiner famosen Briefkastennotiz an den Arbeiter entgegenhalten. Der betreffende Arbeiter wäre jedenfalls ein unheilbarer Trottel, wenn er aus dem Ratsschlag des „Beobachters“ nicht die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen wüßte.

Dr. Obkircher gegen die Allliberalen.

Im „Panther“ veröffentlicht der frühere Chef der nationalliberalen Partei Badens, Dr. Obkircher, einen Artikel über die „Strömungen innerhalb der nationalliberalen Partei“, der wegen der Entschiedenheit bemerkenswert ist, mit der Obkircher sich gegen die All- oder Rechtsliberalen ausspricht. Er sagt von ihnen:

Der Inhalt ihrer Bestrebungen ist nicht geeignet, die Partei zu einigen, sondern den Keim der Zwietsch in sie zu legen. Sie wollen eine liberale Politik, aber sie fürchten sich davor, von der ganz in den Händen der Konservativen und des Bundes der Landwirte gefangenen preussischen Regierung solche mit Entschiedenheit zu fordern und überall der dem Liberalismus abholden Verwaltungstätigkeit der preussischen Regierungsbeamten konsequent und fest entgegen zu treten. Sie wollen eine Verbesserung des unhaltbaren preussischen Wahlrechts, aber sie scheuen sich, die zu diesem Ziele erforderlichen Schritte mit der fortschrittlichen Volkspartei zu vereinbaren. Ueberhaupt jede Annäherung an diese Partei, um die eigenen Bestrebungen desto wirksamer zu machen, weisen sie entsetzt zurück. Was kann denn aber der Nationalliberalismus in Preußen und im Reich heute zutage erreichen, wenn er sich nicht mit der freisinnigen Volkspartei zusammenschließt?

Die Ausführungen des Herrn Obkircher sind schon deshalb beachtenswert, weil man von ihm eine so entschiedene Zurückweisung der allliberalen Bestrebungen im allgemeinen vielleicht nicht überall erwartet hätte. Wie er sich zu den im Schoße der nationalliberalen Landtagsfraktion schlummernden Bestrebungen, die nationalliberale Partei Badens ebenfalls nach rechts zu führen, stellt, ist aus obigen Darlegungen nicht ersichtlich.

Personal-Veränderungen im badischen Schulwesen.

Der Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Ernst v. Sallwürf ist auf sein

Ansuchen unter Verleihung des Titels Staatsrat in den Ministerialrat ernannt worden. Staatsrat v. Sallwürf, 1839 in Sperrmaringen geboren, wurde 1868 Rektor der höheren Bürgerschule in Göttingen, 1873 trat er als Professor am Gymnasium in Badonweiler in den badischen Schuldienst und wurde 1877 in den Oberkonsul der Oberkonsulrat 1911 bei der Errichtung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts aufgelöst, wurde v. Sallwürf in letzterem Ministerialdirektor und Leiter der Abteilungen für höhere Schulen und für Volksschulen. — Zum Ministerialdirektor des Kultus und Unterrichts wurde Geh. Rat Franz Schmitt ernannt, der 1856 geboren ist und 1880 Rechtspraktikant und 1884 Sekretär beim Oberkonsulrat wurde. Zum Vortragenden Rat im Ministerium des Kultus und Unterrichts und Leiter der Abteilungen der höheren Schulen wurde der derzeitige Direktor der Karlsruher höheren Mädchenschule mit Gymnasiallehrer (Reisingerschule), Geh. Hofrat Friedrich Keim, unter Verleihung des Titels Geh. Oberregierungsrat, ernannt.

Weitere Erfolge der „Roten Woche“.

Nach einer Zusammenstellung des Parteivorstandes, die auf Grund der von den Organisationen eingeforderten Mitteilungen hergestellt wurde, weist die Werbearbeit der roten Woche folgende Ergebnisse auf:

Table with columns: Bezirk, Mitglieder (insgesamt, dar. weibl.), Abonnennten, Nichtberichtet. Lists various districts like Ostpreußen, Westpreußen, Groß-Berlin, etc.

zusammen 336 Wahlkreise 182 179 28 061 78 842 61. Dieses Resultat der roten Woche ist überaus glänzend und übertrifft alle Erwartungen. Und doch ist es noch nicht vollständig; abgesehen von den 61 Wahlkreisen, die bisher noch nicht berichtet haben, geben aus den Wahlkreisen, über die berichtet wurden, noch fortwährend ergänzende Mitteilungen ein, die die Zahl der neugewonnenen Mitglieder und Abonnennten erhöhen.

Badischer Kunstverein.

eine permanente Ausstellung moderner Kunstgegenstände (Gemälde, Skulpturen, Plakate usw.), Badstr. 3, Karlsruhe.

Der Mittelpunkt der gegenwärtigen Ausstellung bilden zahlreich zu einer umfassenden Kollektion zusammengestellte Werke des Prof. Adolf Hildebrandt (Stuttgart), die für sich allein den geräumigen Oberlichtsaal in Anspruch nehmen. Ferner macht uns die Ausstellung auch noch mit einem ansehnlichen Gemälde-Zyklus resp. mit einer Wanderausstellung des Verbandes Deutscher Kunstvereine bekannt. Diese Sonderausstellung umfaßt nur Werke hiesiger Künstler und ist auf die angrenzenden Räume verteilt. Auf diese beiden Kollektionenstellungen werden wir unten ausführlich noch einmal zurückkommen. Reichlich ist außerdem der Kunstverein auch von Einzelausstellungen beehrt, die meistens gleich mit mehreren Werken betreten sind. So als erster, wenn man die Ausstellung betritt, Hans Reich (Stuttgart), der mit einer gut wirkenden Kollektion Del-Landschaften eine vielversprechende Einleitung zur Gesamtausstellung bildet. Er hat seine symbolische Beteiligung, die Weggung, auch ebenso symbolisch in Licht und Aufassung gehalten zu sein scheint. Im Weitergehen gelangen wir zu drei Landschaften des namhaft bekannten Künstlers Prof. G. Kampmann (Göttingen), denen man das Prädikat „künstlerisch-vollendet“ mit gutem Gewissen beilegen darf. Ein ganz prächtiges, tiefempfundenes Nachstück ist „Mondnacht“ betitelt. Hier wird der Meister des Pinsels auch zum vornehmen Dichter; unendlich viel Vertrautes liegt in dieser gespenstlichen mittelmächtigen Bergsilhouetten, über deren fahle Schwärze kraftvolles Mondlicht aus mattleuchtenden Wolkenfalten schimmert. Auch die beiden anderen Bilder Prof. Kampmanns wissen in gleich hohem Maße das Auge des Beschauers zu fesseln: „Hohenbaden“ durch die duftrreiche Wiedergabe der herbstlichen Stimmung und die Naumeinteilung und die Gebirgslandschaft „Der Berg Merkur“ durch eine vorzügliche Perspektive. Aufsteigende Wolken und Wolkenhatten auf der Landschaft, die schon den grauen Nebelhauch herannahender Wetter ausatmen, geben diesem Bild eine eigene, wertvolle Note. W. Sch.

trohen Künstler dankbare Motive, die außerdem noch an sein technisches Können sehr schwierige Aufgaben stellen. Mit naturwahrer, imposanter Wucht ragen hier die nackten, schroffen Gesteinsfelsen in das sich breit ausspannende, klarleuchtende Blau des wolkenlosen Firmaments. Auf einem anderen Bild: „Im Vergahener Tal“ ruht ruhig eine witterte Kiefer im Vordergrund der Felsenparade empor; sie beherrscht die räumliche Einteilung des Bildes, nach rückwärts einen perspektivisch-einwandfrei behandelten Fernblick genörend. Auch das Bild „Ahsingelochstighorn“ darf wegen seiner wirksamen Vollendung nicht unerwähnt bleiben. Als das beste Stück mag man das „Moorwasser“ bezeichnen. Hier kreuzt sich in verschiedenen Punkten die spezifische Eigenart des Malers mit der Vorbildlichkeit einer klassizistischen Auffassung und forderlichen Ausdrucksweise. Bezüglich spricht dafür die vollendete Behandlung des rötlich-bräunen, unbewegten Moorwassers mit seinen nuancenreichen Reflexionseigenheiten, die bei langem Vertiefen des Blickes plastische Formen annehmen scheinen. Ferner treffen wir im gleichen Saal ein Bild von Hermann Meyer (Wafel) an, das, genau wie seine symbolische Beteiligung, die Weggung, auch ebenso symbolisch in Licht und Aufassung gehalten zu sein scheint. Im Weitergehen gelangen wir zu drei Landschaften des namhaft bekannten Künstlers Prof. G. Kampmann (Göttingen), denen man das Prädikat „künstlerisch-vollendet“ mit gutem Gewissen beilegen darf. Ein ganz prächtiges, tiefempfundenes Nachstück ist „Mondnacht“ betitelt. Hier wird der Meister des Pinsels auch zum vornehmen Dichter; unendlich viel Vertrautes liegt in dieser gespenstlichen mittelmächtigen Bergsilhouetten, über deren fahle Schwärze kraftvolles Mondlicht aus mattleuchtenden Wolkenfalten schimmert. Auch die beiden anderen Bilder Prof. Kampmanns wissen in gleich hohem Maße das Auge des Beschauers zu fesseln: „Hohenbaden“ durch die duftrreiche Wiedergabe der herbstlichen Stimmung und die Naumeinteilung und die Gebirgslandschaft „Der Berg Merkur“ durch eine vorzügliche Perspektive. Aufsteigende Wolken und Wolkenhatten auf der Landschaft, die schon den grauen Nebelhauch herannahender Wetter ausatmen, geben diesem Bild eine eigene, wertvolle Note. W. Sch.

Kunst und Wissenschaft.

5. Sinfonie-Konzert des Großh. Hoforchesters zu Karlsruhe, Mittwoch den 1. April, abends 8 Uhr, im Hoftheater. Man schreibt uns: Das Konzert eröffnet ein interessantes Werk von J. S. Bach, das selten gehörte Triple-Konzert in G-moll für Violine, Flöte und Klavier mit Streichquartettbegleitung. Die Solo-Violine wird von Hofkonzertmeister H. Deman und die Solo-Flöte von Hofmusiker H. Spittel gespielt werden. Den Klavierpart übernimmt der Solist des Abends, der hier von seinem vorjährigen Konzert bestens bekannte Pianist Guo

Rander, welcher außerdem noch zwei Rhapsodien von Brahms (G-moll und E-moll) zum Vortrag bringt. Mit Brahms 1. Sinfonie in G-moll, die hierauf folgt, erzielte kürzlich das Hoforchester in einem Konzert des Musikvereins in Karlsruhe einen nachhaltigen starken Erfolg. An Erstaufführungen für Karlsruhe bietet das Programm den sinfonischen Prolog „Nico“ des Münchner Komponisten Professor A. Sandberger, welches Werk schon in vielen Konzerten erfolgreiches Engagement gefunden hat; ferner das Beispiel des 3. Aktes aus der Oper: „Der Schmud der Madonna“ von E. Wolf-Ferari, dessen heitere Oper „Der Arzt als Liebhaber“ einige Tage später zum erstenmale im hiesigen Hoftheater zur Aufführung gelangt. Die Komponisten Sandberger und Wolf-Ferari haben ihre Erfindungen zu diesem Konzert freudigst zugesagt und werden ihre Werke selbst dirigieren. Es wird dies sicherlich von den Musikfreunden sehr begrüßt und dadurch ein weiteres Interesse für dieses geschmackvolle Programm nachgerufen werden.

Der schreckliche Tod des Vulkanforschers Mercalli. Aus Rom wird berichtet: Der berühmte Direktor des Beobachtungsinstitutens hat ein schreckliches Ende gefunden. Am Morgen des 19. d. M. wurde man von der Straße aus darauf aufmerksam, daß aus der Wohnung des Professors dichter Rauch aufstieg. Da das Klopfen an der Tür vergeblich war, wurde die Tür erbrochen. Die schnell benachrichtigte Feuerwehr drang mit Padeln in die ganz mit Rauch gefüllte Wohnung und fand die verohnte Leiche des Forschers beim Bette, an das sich der Sterbende frampfhaft geklammert hatte. Das Unglück scheint sich in folgender Weise ereignet zu haben: Der alte Herr, der ganz allein lebte, pflegte bis spät in die Nacht zu lesen. Er muß dabei die Petroleumlampe umgekippt und das Petroleum auf seinen Anzug gegossen haben. Brennend ist er dann in das Schlafzimmer geeilt, um durch eine Wolldecke das Feuer zu löschen. In der Tat fand man die Reste der Decke auf seinem Anzug. Anschließend hat der alte Herr durch die starke Rauchentwicklung schnell das Bewußtsein verloren und ist erstickt, ehe er verbrannte. Das Feuer hat dann in der Wohnung weiter geblüht. Mercalli war einer der größten jetzt lebenden Vulkanforscher. Im Dienste seiner Studien hat er oft dem Tode durch das Feuer der Erde ins Auge gesehen: es ist wichtig eine grausame Kenntnis des Schicksals, daß er hilflos und allein einem Zimmerbrand zum Opfer fallen mußte. Mercalli war früher Richter gewesen. Seine zahlreichen Arbeiten über den Vesuv, das Etna und die Vesuvia usw. sind in fast alle KulturSprachen übersetzt. Er war Malakander von Geburt und lebte zuerst an dem dortigen Gymnasium, mußte dann aber, weil er in Verdacht des Liberalismus stand, an dem Gymnasium einer kleinen Stadt wohnen. Er war sein Herzenswunsch, Leiter des Observatoriums am Vesuv zu werden. Er wurde dies im Jahre 1911 nach dem Tode von Teuicis. Mercalli ist wenig über siebzig Jahre alt geworden. Er war in Neapel sehr beliebt, so daß sein Tod nicht nur in der wissenschaftlichen Welt Bejammrung hervorruft.

Der Leser möge aber an folgendem entscheiden, wer die höhere Bildung besitzt, der Pfarrer oder der Dirigent und seine Sängere. Letztere schickten dem Herrn Pfarrer, nachdem ihnen die abfälligen Bemerkungen zu Ohren gekommen waren, zwei in durchaus anständiger Weise abgefaßte Briefe, in denen sie den Pfarrer fragten, wie er zu diesen Äußerungen komme, was gegen den Verein und seinen Dirigenten vorliege? Was tut der Herr Pfarrer? Er schickt beide Briefe ohne irgend welche Bemerkung an die Absender zurück. Das ist die Bildung der Gegenseite. Damit hat der Herr aufs Beste bewiesen, daß es ihm einfach unmöglich ist, gegen den Verein und seinen Dirigenten etwas Sachliches vorzubringen, der ganze Haß äußert sich in diesem Zurückschicken der Briefe. Die Mut darüber, daß die Leute nicht in seine Gefolgschaft zählen.

Schaden kann der Herr Pfarrer natürlich dem Verein nicht. Die Mitglieder halten nur noch fester zusammen und zu ihrem Dirigenten. Das einzige, was Herr Pfarrer Verberich erreicht, wird sein, daß auch in dieser Gemeinde der Gemeindefriede, den der Vorgänger des Herrn, Herr Pfarrer Werner Stiefel in so schöner Weise gepflegt hat, untergraben und zerstört wird. Das ist dann die Tragis der modernen Rücksichtlos.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. März.

Bezirksversammlungen.

Die Mittwoch abend in den verschiedenen Stadtteilen stattgefundenen Bezirksversammlungen waren, soweit uns bis jetzt berichtet wurde, durchweg gut besucht. Es ist das ebenfalls ein Erfolg der roten Woche, die Genossen und Genossinnen wurden mit frischem Arbeitseifer erfüllt, sie sahen an der Zunahme von 400 Mitgliedern, daß es auch hier trotz schwieriger Verhältnisse vorwärts geht, wenn nur tüchtig gearbeitet wird. Die Bezirkskomitees sind nun konstituiert. Nun kann es mit neuem Eifer an die Arbeit gehen. Aus den einzelnen Bezirken wird uns berichtet:

St. Pauli. Es fand eine rege Aussprache über die Organisation und Agitation statt. Bei der Wahl des Komitees wurden die alten Komiteemitglieder einstimmig wiedergewählt.

Südstadt. Zur Einleitung hielt Genosse Leppert-Etlingen einen fesselnden Vortrag über unsere gegenwärtigen politischen Zustände. In der anschließenden Aussprache wurden mancherlei Anregungen über den Ausbau der Agitation gegeben. Am Sonntag soll eine Agitation für den „Volksfreund“ stattfinden. Die Bezirksleitung setzt sich zusammen aus den Gen. Kruse, Dietrich, Köpper, Schumacher und der Genossin Fäher.

Mittelstadt. Gen. Lang führte den Vorsitz und behandelte die Notwendigkeit der Neuorganisation schon im Hinblick auf die bevorstehenden Würgerauswahlwahlen. Stadtrat Gen. Geß behandelte dann in sehr interessanten Ausführungen städtische kommunale Fragen, er zeigte, wie notwendig eine starke Vertretung der Arbeiterklasse auf dem Rathaus ist; im selben Sinne sprach Gen. Kiese. Im Anschluß hieran wurde die Neuwahl der Kreisleitung und der Bezirksobleute vorgenommen. Gen. Lang wurde wiederum zum Bezirksleiter gewählt.

Weststadt. Genosse Sigmund hielt einen einleitenden Vortrag über „Der Weg zum Sozialismus“, in dem er in interessanter Weise die Wege und Ziele des Sozialismus auseinandersetzte. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden Genossen beifällig aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Gen. Wülfner teilt mit, daß das Resultat der roten Woche in der Weststadt 91 neue Genossen war. Um die Agitation in Zukunft besser betreiben zu können, wird eine neue Regelung der Agitationsmethode vorgenommen. — Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr rege und es ist nur zu wünschen, daß die gesprochenen Worte beherzigt würden. — In die Bezirksleitung wurden gewählt die Gen. Wülfner, Schmitt, Vichtenwalter, Schilling.

Die Genossen der Südstadt treffen sich Sonntag früh 8 Uhr im „Auerhahn“ zur Agitation für den „Volksfreund“.

Öffentliche Volksversammlung in Rintheim.

Nächsten Sonntag, 29. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, spricht in der „Friedrichskrone“ in Rintheim Gen. Reichs-tagsabgeordneter P e i r o t e s -Strasbourg über: „Der gegenwärtige Kurs der deutschen Politik.“

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

Strassenbahn nach Darlanden.

Man schreibt uns: Wie man hört, soll die seit Jahr und Tag versprochene und noch immer nicht ausgeführte Strassenbahnverbindung nach Darlanden anlässlich der bevorstehenden Beratungen über den städtischen Voranschlag eine besondere Rolle spielen. Wie begründet die Unzufriedenheit der Darlander ist, ist zur Genüge bekannt. Daß mit der Dampfbahn, die jetzt von Grünwinkel nach Darlanden fährt, den Bewohnern Darlandens nicht gedient ist, ist stadtbekannt. Wer mit dem Einwande kommt, die Darlander sollten sich zunächst damit zufrieden geben, daß sie wenigstens mit Dampf fahren könnten, der hat sich die Situation noch nie an Ort und Stelle angesehen. Auch der soeben erschienene amtliche Bericht des Karlsruher städtischen Straßenbahnnamts stellt fest, daß der Betrieb der Dampfbahn nach Darlanden viel zu wünschen übrig lasse. Von der Stadtverwaltung ist stets eingemendet worden, man wisse nicht, ob die Eisenbahnverwaltung eine Ueber- oder Unterführung der westlichen Staatsbahnlinien beabsichtige, und daher könne die Fortführung der Strassenbahn nach Darlanden einstweilen nicht vorgenommen werden. Die Eisenbahnverwaltung, welche von der Stadtverwaltung als die Schuldige hingestellt wird, hat sich aber gegen die Beschuldigung energisch gewehrt. Nachdem der Abg. K o l b in der 15. Sitzung der Zweiten Kammer darauf hingewiesen hatte, daß das einzige Hindernis zurzeit darin bestehe, daß sich die Eisenbahnverwaltung und die Stadtverwaltung nicht über die Beseitigung der schienen-ebenen Uebergänge bei den Bahnhöfen im Westen der Stadt einigen könne, erwiderte Ministerialdirektor S c h u l z in der nächsten Sitzung, daß die Generaldirektion dem städtischen Tiefbauamt schon längst Vorschläge wegen der Beseitigung der Niveauübergänge gemacht habe, daß

aber eine Antwort der Stadt immer noch nicht eingelaufen sei. Durch diese Mitteilungen wird die Angelegenheit in eine ganz merkwürdige Beleuchtung gerückt. Angesichts dieser Sachlage wird jeder begreifen, daß man in Darlanden Grund zur Verärgerung hat und der Ansicht ist, daß es in der Sache am besten ist, wenn die Verhältnisse sich über die Frage der Unter- oder Ueberführung den Kopf zerbrechen zu müssen, herstellen, indem man auf der südlichen Uferstraße einen V e n d e l b e r k e h r, der später zu einem Durchgangsverkehr werden kann, im Anschluß an die Rheinbahn einrichtet. Die umsteigenden Fahrgäste hätten dort nur das Gleis der Staatsbahn zu überschreiten. Aus welchem Grunde die Strassenbahn denn gerade durch die Darlandener Straße gebaut werden soll, ist für den Kenner der Verhältnisse unerfindlich. Die Linie durch die südliche Uferstraße wäre auch viel kürzer und würde daher wesentlich weniger Kosten verursachen. Wie man hört, wird dieser Standpunkt auch bei den städtischen Voranschlagsberatungen vertreten werden. In Darlanden wird man aber sehr darauf horchen, daß bei dieser Gelegenheit nicht etwa Beschwichtigungsreden gehalten, sondern energisch Fraktur geredet wird.

n. Arbeiterdilettantenbühne. Im vorigen Herbst beschloffen einige ehemalige Mitglieder der früheren „Freien Volksbühne“, dieselbe neu erziehen zu lassen. Nach Ueberwindung von Schwierigkeiten aller Art hat es die kleine Schar jetzt doch soweit gebracht, daß sie vor der Öffentlichkeit Proben ihres Könnens ablegen kann. Am kommenden Sonntag findet in den „3 Linden“ in Mühlburg der erste Theaterabend statt. Der Anfang ist auf halb 8 Uhr festgesetzt. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf nur 25 Pf. Dadurch ist es jedermann möglich, sich einige unterhaltende Stunden zu verschaffen. Der „Freien Volksbühne“ wäre durch ein gut besetztes Haus für die Mühe und Opfer wenigstens eine Entschädigung geboten.

Fahrrad Diebstahl. Gestern wurde ein 16 Jahre alter Ausläufer von hier festgenommen, welcher am 18. v. Mts. in der Steinstraße und am 24. l. Mts. in der Karl Wilhelmstraße Fahrräder entwendet hat.

Auf frischer Tat konnte heute früh ein Hausbursche aus Freiburg festgenommen werden, welcher mittels Nachschlüssels in ein hiesiges Automatenrestaurant eingedrungen war, in der Absicht, einen Diebstahl zu begehen. Er war früher in dem Automaten in Stellung.

Letzte Nachrichten.

Zur Verhaftung des Abgeordneten Abresch.

München, 25. März. In der heutigen Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer richtete der Präsident von Otterer eine Ansprache an das Haus in Sachen der Verhaftung des Abgeordneten Abresch. Der Abgeordnete sei wegen Betrugs verhaftet worden. Es sei ihm nicht bekannt, ob die Justizverwaltung die Ansicht vertritt, daß die bayerische Abgeordneten-Immunität außerhalb Bayerns keine Geltung habe. Wenn er eine Möglichkeit gesehen hätte, in der Angelegenheit Schritte zu unternehmen, so würde er es im Interesse des Ansehens des Hauses gern getan haben. Im Uebrigen gab der Präsident seinem Begehren darüber Ausdruck, daß es von der Mannheimer Staatsanwaltschaft nicht für notwendig erachtet worden sei, das Haus von der Verhaftung in Kenntnis zu setzen.

Mannheim, 25. März. Der „Neuen Badischen Landeszeitung“ zufolge wird heute über die Beschwerde gegen die Inhaftnahme Abreschs entschieden werden. In der Beschwerde wird in erster Linie auf das Gutachten von Professor Dr. Stengel-Berlin, in zweiter Linie auf den Umstand hingewiesen, daß der bayerische Abgeordnete aus der Pfalz wenn er nach München zu den Kammerverhandlungen fahren wollte, doch unbedingt badißes, heßisches oder preußisches Gebiet durchfahren müßte. Außerdem wird Abresch Klage bei der Anwaltskammer gegen von Harber erheben wegen dessen Behauptung, daß eine Anzahl von Verträgen, die er handschriftlich angefertigt habe, als Scheinverträge anzusehen, und gegen alle Zeitungen Strafantrag stellen, die beleidigende Artikel gegen Abresch gebracht haben.

Mannheim, 26. März. Die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet entgegen der Meldung, daß eine halbe Million Kaution für die Freilassung des Abgeordneten Abresch angeboten worden sei, erklären die Rechtsbestände des Abgeordneten Abresch, daß keine Kaution angeboten worden sei u. daß Abresch selbst wünsche, daß keine solche angeboten werde. — Ueber die Haftentlassungsbeschwerde soll erst heute nachmittag beraten werden.

Das badißes Justizministerium hat den Rechtsbeständen telegraphisch anheimgestellt, den Grund der Immunität in der Beschwerdeschrift gegen die Inhaftnahme geltend zu machen. Das ist bereits geschehen.

Die nervöse Justiz in Elßah.

Colmar, 25. März. Der bekannte nationalistische Karrikaturendeckner Johann Jakob Walz, genannt Hansi, wurde vom Landgericht Colmar wegen Verleumdung von Offizieren der hiesigen Garnison zu drei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Walz hatte am 18. Januar in einem hiesigen Lokal sich den Scherz erlaubt, mit einem Stück Zucker den Stuhl zu „desinfizieren“, auf dem vorher ein Leutnant der hiesigen Garnison gesessen hatte. — Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Tarifabschluß.

Reutstadt a. d. Hardt, 25. März. In der gestrigen Mitgliederversammlung des Verbandes der Weingutsbesitzer wurde der vorgelegte Lohnarif, der gegenüber den bisherigen Löhnen eine Erhöhung von etwa zehn Prozent für die Arbeitnehmer vorsieht, angenommen.

Scharfmacherorganisation.

Eisenach, 25. März. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der sich mit 30 Bezirks-, Landes- und Provinzialverbänden, sowie 11 unmittelbar angeschlossenen Ortsverbänden über das ganze deutsche Reich erstreckt und auch den Betonbau-Arbeitgeberverband für Deutschland umfaßt, hat auf seiner hier unter dem Vorsitz des Architekten Behrens-Hannover tagenden Generalversammlung heute einstimmig den Beitritt zur Vereinigung des deutschen Arbeitgeberverbandes beschlossen. Durch den Beitritt dieses Verbandes, dessen Mitglieder rund 250 000 Arbeiter beschäftigen, hat die Zentral-Organisation des deut-

lichen Arbeitgeberverbandes eine weitere bedeutsame Stärkung erfahren.

Prozeß gegen Bischof Coppes.

Luzernburg, 26. März. Der Prozeß gegen den Bischof Coppes konnte auch gestern nicht zu Ende geführt werden. Ein aus Metz geladener Rechtsanwalt kam zu dem Schluß, daß der Bischof für seine Neher Rede nach deutschem Recht nicht strafbar sei; er stütze sich auf das Gutachten eines Straßburger Juristen, der zu den Vorarbeiten für die Straßburgerreform zugezogen und speziell in dieser Frage zu demselben Ergebnis gekommen sei. Der Rechtsbeistand, der Kläger lehnte diese Schlussfolgerung entschieden ab. Das Urteil wird jedenfalls in einer Woche gesprochen werden.

Drohender Bürgerkrieg in England.

London, 25. März. Die Times meldet aus Dublin: Die Verhandlungen zwischen den Offizieren und dem Kriegsministerium verliefen sehr stürmisch. Sir John French kritisierte die Handlungsweise der Offiziere, die die härteste Strafe verdienen. Erst das Dazwischentreten Lord Roberts schuf eine bessere Stimmung. Zum Schluß unterschrieb Sir John French ein Schriftstück, das die Offiziere aufgefordert hatten, in dem er bestätigt, daß die Offiziere keinen Befehl erhalten würden, gegen Ulster zu kämpfen oder die Home Rule Bill mit Gewalt durchzusetzen, und daß sie dies den anderen Offizieren mitteilen dürften.

London, 25. März. Gestern Abend kam es in Belfast zwischen Unionisten und Nationalisten zu einem Zusammenstoß. Die Menge warf mit Steinen und Revolverkugeln wurden abgefeuert. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander.

Wieder ein Duellprozeß.

Grandenz, 25. März. Die Strafkammer verurteilte wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen den Gerichtsreferendar Schlüter aus Königsberg zu drei Monaten Festungshaft und den Referendar Grundriener wegen Karstelltragens zu 23 Tagen Festungshaft.

Eisenbahnerstreik.

Nom, 25. März. Die neapolitanischen Eisenbahner haben beschlossen, am 15. April in den Streik zu treten, da man ihnen ihre Forderungen nicht erfüllt hat.

Zur Kohette-Affäre.

Paris, 26. März. Die gegen Kohette gegenwärtig schwebenden Strafanzeigen betragen nicht weniger als 38. Die Urheber dieser Strafanzeigen beschlossen nunmehr, gemeinsam vorzugehen und als Nebenkläger aufzutreten.

Dom „Weißen Wolf“.

Befing, 25. März. Vanden des Weißen Wolf haben Lungschucht im nordöstlichen Schenke eingenommen und zerstört. Auch Schanhang in demselben Bezirk ist von ihnen geplündert worden. Die Räuber töteten 230 Einwohner, verwundeten weit mehr und machten Hunderte zu Gefangenen. In Lungschucht befanden sich zwei norwegische Missionare namens Christensen und Bakfaas mit ihren Frauen. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Vereinsanzeiger.

Grödingen. (Naturfreunde.) Heute Abend Monatsversammlung mit Vortrag. Referent: Raucher-Durlach. Tagesordnung wird im Lokal zum „Ader“ bekannt gemacht. Anfang 8 Uhr. 8106 Der Obmann. Bretten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 28. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Engel“ Parteiverammlung. Bericht von der Voranschlagsberatung. 8182

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2.85 m, gest. 35 cm, Keßel 3.41 m, gest. 10 cm Maxau 5.30 m, gest. 0 cm, Mannheim 5.18 m, gest. 11 cm.

Billig zu verkaufen.

wegen Umzug: 1 großer alterer Küchenschrank 12 M. sowie ein noch besserer 18 M., runder, zusammenlegbarer Tisch 5 M., ein gr. Küchenschrank mit Brett unten u. 2 Schubladen 6 M. u. Verch. Luisenstr. 70, II., r. 8183

Pianinos
gebraucht, werden billig abgegeben
Pianohaus J. Kunz
Karlsruhe 7928
Karl Friedrichstr. 21.

Die billigste Quelle
in getragenen Anzügen, Schuhe, Lieberjeher v. 4 M. an, Ulster u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufsgeschäft von
Arnold Schap,
Jähringerstraße Nr. 38.

J. Waldbogel,
Durlacherstraße 55,
guterhalt. Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weiszeug usw. zu Ausnahmspreisen verkauft. 7899

Durlacherstr. 9, (Radn) nächst der Kaiserstr., ist ein einfach möbl. Zimmer an einen anständ. Arbeiter sofort oder per 1. April zu vermieten. 8184

Zu verkaufen: 1 Kommode, 1 Kasten, 1 Holz, Kinderbettstatt, Bildertafel, 1 Zinnbademanne fürs Land, ein Flachengestell, Händler verboten.
Waldbogelstr. 11, Stg. 5. St.

Pfannkuch & Co.
Frische 7968
Schellfische
Größe, 1-2 pfündig
Pfund 35 Pfg.
Bratfische
Pfund 25 Pfg.
Cablian
Pfund 25 Pfg.
im Aus- schnitt Pfd. 28 Pfg.
Stoekfische
Pfund 23 Pfg.
Als bester Buttererfah empfohlen
Esbu
(Margarine)
Pfund 95 Pfg.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen

Pfannkuch & Co. Dürrobt

- Zwetschen** 28, 32 und 36 Pfg.
- Zwetschen** 45 u. 50 Pfg.
- Zwetschen** 55 Pfg.
- Plochina-Zwetschen** 40 u. 55 Pfg.
- Dampfpfäpel** 60 Pfg.
- Birnschnitze** 25 Pfg.
- Californische Pfirsiche und Birnen** 70 Pfg.
- Aprikosen** 90 Pfg.
- Kranzfeigen** 30 Pfg.
- Mischobst** 32 u. 40 Pfg.

Pfannkuch & Co.

- WENN SIE** prima mageres Dürfleisch, Silber-Sauerkraut, Speck und Schmalz, Fleisch- und Würstwaren, Heinrich Lang, Metzger und Wurstler.

Am 25. März ds. Jrs. wurde in den Anlagen des Beierheimer Wäldchens die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Sie befand sich in einer Pappschachtel von brauner Farbe 24/34 cm groß mit der Aufschrift No. 8411 377 Façonteile 820 811 Stück fetig (zud) und war mit einer Zeitung (Volksfreund) und einer weißen Frauenunterhose umwickelt; letztere ist am Bund mit den Buchstaben M. X. weiß gezeichnet. Die Leiche ist etwa 2 bis 3 Wochen alt.

Der Großb. Staatsanwalt H. 8130
Gesangverein Eintracht Mühlburg
Großes Preiskegeln
 am 28., 29. und 30. März im Saalbau Mühlburg.
 Freunde und Gönner des Vereins werden hierzu freundschaftlich eingeladen.
 Beginn: Samstag abend 6 Uhr.
Der Vorstand.

Für Ostern!

- Kinder-Anzüge** Mk. 3.50 bis Mk. 12.—
- Knaben-Anzüge** Mk. 3.95 bis Mk. 16.50
- Jünglings-Anzüge** Mk. 7.50 bis Mk. 22.—
- Burschen-Anzüge** Mk. 9.50 bis Mk. 29.50
- Herren-Anzüge** Mk. 14.75 bis Mk. 46.—
- Sport-Anzüge** Mk. 16.50 bis Mk. 39.50
- Konfirmanden-Kommunikanten-Anzüge** Mk. 11.— bis Mk. 28.50
- Loden-Mäntel, Câpes, Joppen, Hosen.**

Enorme Auswahl! :-: Streng feste Preise! Solideste Verarbeitung!

Joh. Hertenstein

Inh.: Fr. Kuch. Herrenstr. 25.

Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städt. Bierordbad am Donnerstag nachmittag von 3 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr, und Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.
 Filialmärkte: Durch den Verkäufer Jipf.
 Weststadt: In der Seifenstraße 96/98, am Donnerstag vormittag von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.
 Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.
 Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 4 $\frac{1}{2}$ bis 5 Uhr.
 Karlsruhe, den 25. März 1914. 8121
 Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Bekanntmachung.

Gebührenordnung für die Benützung der städtischen Schwemmanalysation betr.
 Wir bringen hiermit die mit Zustimmung des Bürgerausschusses und Staatsgenehmigung erlassene Gebührenordnung für die Benützung der städtischen Schwemmanalysation nochmals zur öffentlichen Kenntnis:
 Auf Grund der §§ 76, 76 der Städteordnung wird folgender Gemeindebeschluss über die Entrichtung von Gebühren für die Benützung der städtischen Schwemmanalysation (Schwemmgebührenordnung) erlassen:
 § 1.
 Für jedes Grundstück, aus welchem menschliche Abgänge (Fäkalien) oder Stallabwasser in die städtischen Abwasserkanäle eingeleitet werden (§ 1 und 2 der ortspolizeilichen Vorschrift vom 24. Juni 1912, die Herstellung und den Betrieb von Grundstücksentwässerungen betreffen), ist für die Benützung der städtischen Schwemmanalysation einschließlich der Kläranlagen eine Gebühr an die Stadtkasse zu entrichten.
 § 2.
 Die Gebühr beträgt jährlich 1 Proz. des gemäß § 21 der Wasserbezugsordnung für die Berechnung des Wassergeldes festgestellten Mietwerts der Liegenschaft. Wo es an einer solchen Mietwertfestsetzung fehlt, wird der Mietwert in analoger Anwendung des § 21 der Wasserbezugsordnung bestimmt.
 Für Gebäude, für die ein Mietwert schwer feststellbar ist, insbesondere für Gebäude, die nicht Wohnzwecken dienen, sind an Stelle der in Absatz 1 genannten Gebühren jährlich feste Gebühren, und zwar
 für jeden Abortfisch 5 Mk.
 für jede Pisanlage 5 Mk.
 bei Stallungen für je 1 bis 6 Ställe . . . 5 Mk.
 zu entrichten.
 § 3.
 Die Gebührenpflicht beginnt für jede Liegenschaft mit dem ersten Tage des auf die Herstellung des Anschlusses zu Ableitung der Fäkalien bzw. Stallabwasser folgenden Kalendermonats.
 Sie erlischt mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Anschluss beseitigt wird.
 § 4.
 Der Eigentümer einer Liegenschaft ist verpflichtet, soweit nicht die Angaben bereits auf Grund der Wasserbezugsordnung gemacht sind, spätestens 3 Tage vor Beginn der Gebührenpflicht (vergleiche § 3) der Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke:
 a) den Namen des Eigentümers der Liegenschaft,
 b) die Namen etwaiger Mieter oder Pächter,
 c) die Beträge der von ihnen zu zahlenden Miet- oder Pachtzinsen, und bei leerstehenden Mieträumen den mutmaßlichen Mietzins sowie den Mietwert der in eigener Benützung befindlichen Räume,
 d) die Anzahl der vorhandenen Abortfische und Pisanlagen sowie der Stallungen und der in ihnen vorhandenen Ställe.
 Ebenso ist von jeder Aenderung dieser Verhältnisse die Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
 § 5.
 Die Gebühren sind vierteljährlich im Voraus zu entrichten. Sie werden gleichzeitig mit dem Wassergeld erhoben.
 § 6.
 Zahlungspflichtig ist der Eigentümer der Liegenschaft; mehrere Eigentümer haften als Gesamtschuldner.
 § 7.
 Weichen Wohnungen oder Geschäftsräume, für welche ein besonderer Abort vorhanden ist, während mindestens zweier aufeinanderfolgender Kalendermonate unbenutzt und unbenüzt, so wird die Gebühr nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 39 bis 41 der Wasserbezugsordnung zurückerstattet.
 § 8.
 Auch im übrigen finden die Bestimmungen der Wasserbezugsordnung sinngemäße Anwendung.
 § 9.
 Dieser Gemeindebeschluss tritt mit der Inbetriebnahme der städtischen Kläranlage in Wirksamkeit.
 § 10.
 Der Stadtrat ist befugt, die zur Ausführung vorstehender Schwemmgebührenordnung erforderlichen Bestimmungen zu treffen.
 Karlsruhe, den 20. März 1914. 8108
Der Stadtrat:
 Siegrist. Reubed.

Pfannkuch & Co. Teigwaren

- Bruch-Maccaroni** Pfd. 28 Pfg.
- Maccaroni offen** dicke 30 Pfg., dünne 36 Pfg.
- Maccaroni** in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfd. 40, 45 und 55 Pfg.
- Eierfische** 65 Pfg.
- Marke 3 Glocken** Pfd. 76 Pfg.
- Gemüse-Nudeln** offen 32 Pfg., Pfd. von 32 an
- Hausmacher** — nur in Paketen — 1/2 Pfd. Paket 40 Pfg.
- Eier-Hausmacher** in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfd. 45, 55 und 65 Pfg.
- 3 Glocken-Nudeln** Pfd. 76 Pfg.
- Gemüse-Maccaroni (Muscheln)** Pfd. 32 Pfg.

Lehrling

auf hiesiges größeres Anwaltsbüro zu Ostern gesucht. Offerten unter Nr. 8004 an die Expedition des „Volksfreund“ erbeten.

Neue Anzüge

in modernen Farben, nur gute Qualität, spottbillig, so lange Vorrat. 7940

Getr. Anzüge

von 9 Mk. an, Westen v. 80 Pfg. an, Hosen von 2 Mk. an, Joppen von 3 Mk. an.

Karlsruhe

Herderstraße 55, Zehnstraße 7.
 Lager sämtlicher Sorten Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle per Paar von 60 Mk. aufwärts, 850 Kinder von 40 Mk. an sowie Rahmen und Flecke bei Eugen Klemm Durlach, Pfingstraße 90, Haltestelle neue Bahnhofsbrücke. Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Klapp-Zylinder

mit Garantie

Seiden-Zylinder

Mk. 4.— 5.— 6.— 7.— 8.50 bis 30.—
 komplett, mit Karton, Bügel-Kissen etc. etc.
 Moderne Formen. Gute Qualitäten. Erstklassig. Fabrikate.
 Hutmagazin Zeumer Karlsruhe, Kaiserstrasse 125/127. 7827

Fleisch-Verkauf

Samstag den 28. März verkaufe ich Ruitstraße 20, von 7 bis 11 Uhr, in Qualität Mastkuhfleisch eigene Mästung, per Pfd. 70 Pfg.
Wilhelm Neef Wolkereibesitzer. 8120
 Zu verkaufen: Großer Tisch 6 M., Küchenschrank 24 M., kleine Waschkommode 6 M., Küchenschrank 8 M., Kommode mit 4 Schubladen 12 M., schönes eis. Kinderbett, Chiffonier, schöner Spiegel, Herd, alles sehr billig. Umlandstr. 12, part. 8118
 Sehr billig abzugeben wegen Platzmangel: Neue Kinderstühle (Größe 22), 2 schöne englische Bettstellen mit Patentfedern, Matrasen, Chiffoniere, Vertikal, 6 Stühle, Kommode, Spiegel, schwarzes Pianino, vorzügl. Ton, fast neue Singernähmaschine mit Fußpedal, Majolika-Gängelampe 2.50 M., Nachttisch mit Marmorplatte 8 M., Stuhlplatte, Bilder, schöne echte Kinderohrringe 1.50 M. Adlerstr. 17, 1 Treppe. 8128
 Zu verkaufen: Gutes Bett mit Federbett 25 M., Waschkommode 12 M., Küchenschrank mit Säulen 15 M., Küchenschrank Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof. 8005

Eine Qualitätsmarke ersten Ranges! Allbewährt, überall beliebt und unübertroffen!

Henkel's Bleich-Soda

Man achte ausdrücklich auf den Namen Henkel und weise minderwertige Nachahmungen zurück!

Henkel & Co. Düsseldorf.

Karlsruhe i. S. 46 Kaiserstr. 46 **Mees & Löwe** Karlsruhe i. S. 46 Kaiserstr. 46
Spezialhaus für elegante Herren-Garderobe nach Maß.

Wir empfehlen unsere erstklassige Massschneiderei zur Lieferung eleganter Herren-Garderobe nach Mass.

Grosse Auswahl in englischen und deutschen Stoffen.

Unsere Preise sind in Anbetracht unserer feinen Schneiderei ausserordentlich billig.

Herren-Anzüge nach Mass	von Mk. 70.— an	
„ Paletot „ „ „	65.— „	8098
„ Hosen „ „ „	20.— „	

Die Mass-Abteilung untersteht der Leitung des Herrn V. Mees, langjähriger Zuschneider im Hause Adolf Stein, hier.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe 8125
 Bähringerstraße 100 — Telefon 629.
 Wir suchen zum sofortigen Eintritt für hier:

50 Bruch- und Backsteinmurer.

Achtung!
 Da die städt. Broden Sammlung ihre geschenkten Broden an arme und reiche Leute wieder verkauft, so bitte ich, wer solche hat, seine Adresse an mich zu senden. Zahlung bar, hole selbst ab, verkaufe billig.
 Achtungsboll 7881
 Karl Kreis, Morgenstraße 22.

Elegante Garderobe auf Kredit

Billige Preise. Solide Qualitäten.

Ein Beweis

Anzüge in mod. Dessins, glatt oder in feinen Streifen M 28.— 36.— 42.—	Die modern. englischen Kostüme, fesch u. kleidsam neue Farben, ab M 35.—
Anzüge, sehr elegant, auf Rosshaar, ap. Muster, auch blau od. marengo, m. gestr. Hose M 35.— 42.— 48.—	Schicke Ulster, Mäntel Frauenpaletots in allen Gröss. u. Farb., ab M 24.—
Elegante Paletots halbsehwer, m. Seidenspieg. M 32.— 38.— 46.—	Blusen in Seide M 16.50 Blusen in Spitze M 12.— Blusen in Voile M 9.—
Konfirmanden-Anzüge Mädchen- u. Knaben-Garderobe.	Garnierte Kleider in herrl. Ausfüh., ab M 35.— Kostümröcke ab M 7.—

Teppiche — Gardinen — Stores — Steppdecken Federbetten.

Schuhwaren, Manufakturwaren, Tisch-, Bett- u. Leinwäse

Kompl. Braut-Ausstattungen

Spezial-Abteilung:
Wohnungs-Einrichtungen
 Wohnzimmer — Speisezimmer — Herrenzimmer Schlafzimmer — Küchen.

Illustrierte Kataloge gratis zu Diensten.
 Besichtigen Sie meine
Zwei- u. Drei-Zimmer-Wohnungen
 Anzahlung Nebensache, sehr kleine Raten, stets dem Einkommen entsprechend :: ::

J. Ittmann Nchf.
 Karlsruhe
 Karl Friedrichsstraße 24 (Rondellplatz).
 Modernes Etablissement für Bekleidung und Wohnungs-Einrichtung.
 Strengste Diskretion.

Sonder-Preise

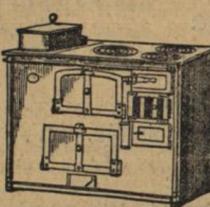
Donnerstag Freitag Samstag

**Modewaren
 Spitzen
 Corsets
 Seidenband**

8125

Hermann Tietz

la Rastatter Kochherde



emalliert und schwarz in reicher Auswahl. Coulaute Bedingungen.

Karl Ehrfeld,
 Kaiserstraße 99 und 102
 Zähringerstr. 74. Tel. 102.

Größere Posten bessere
Herrenkleiderstoff-Reste
 sind enorm billig abgegeben
Kaiserstr. 133
 1 Treppe hoch 7258
 Ecke Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang bei der kleinen Kirche.

Herde!
 Zum Quartalwechsel bringe ich mein **Herde** Lager in empfehlende Erinnerung. 7817

Zimmermann,
 Waldhornstraße 46.
 Gartenweinstr. 32, 1. St. L.
 ist ein möbl. Zimmer auf 1. April zu vermieten.

Bucherer

Eine große Sendung der beliebtesten hochfeinen 8080

Schüles Eier-Röhrchen

in 1/2-Pfund und 1/4-Pfund-Paketen

per 1/2-Pfd.	1/2-Pfd.
30 Pfg. und 40 Pfg.	
per 1/4-Pfd.	1/4-Pfd.
60 Pfg. und 80 Pfg.	

sind wieder eingetroffen.

Bucherer
 in sämtlichen Filialen.

Schöpf
 empfiehlt 8181

Brühbohnen	20
per Pfund	
Salzbohnen	20
per Pfund	
Sauerkraut	8
per Pfund	
Dörrfleisch	1.05
per Pfund	
Kartoffeln	3.00
per Zentner	
3 Pfund	10

in sämtlichen Filialen
Gottlieb Schöpf
 Büro und Lager
 Luisenstraße 34.
 Telefon 2826.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Bekanntmachung
 über das Ergebnis der Wahlen zum Vorstand obiger Kasse.

Als Vorstandsmitglieder sind gewählt die Herren:

1. Vetter Wilhelm, Gr. Hoflieferant, Rastatt, Arbeitgeber.
2. Feger Karl, Kaufmann, Rastatt, Arbeitgeber.
3. Schwab Martin, Gastwirt, Rastatt, Arbeitgeber.
4. Kellerer Dionys, Schlosser, Rastatt, Arbeitnehmer.
5. Kütterer Rudolf, Dreher, Niederbühl, Arbeitnehmer.
6. Brenner Johann, Drauer, Rastatt, Arbeitnehmer.
7. Kraft Otto, Maschinen-Arbeiter, Rastatt, Arbeitnehmer.
8. Finkebeiner Otto, Redakteur, Rastatt, Arbeitnehmer.
9. Maier Karl, Werkmeister, Rastatt, Arbeitnehmer.

Rastatt, den 25. März 1914.

Der I. Vorsitzende:
 Wih. Vetter.

Zu vermieten
 schöne 2 Zimmer-Wohnung mit Gas und Wasserloset auf 1. April an ruhige Leute. Näheres bei J. Madlener, Mühlwiesenstraße 20. 8197

möbl. Zimmer
 in Südb- oder Oststadt. Gell. Offerten mit Preisangabe unter H. N. 47 an die Exped. des Rastatt. 8197

No. 7

Wein...
 in interess...
 die Hüftung...
 durch die En...
 diese Hinter...
 Reichlich di...
 land, deren...
 Zugesicht ge...
 vermehrung...
 in dem Einfl...
 der auch die...
 den Reichstog...
 geistwilligen...
 Welt und...
 die Mittelun...
 gungen zu er...
 fidenloier...
 herksartifel...
 sind in allen...
 steht in ihrer...
 die bringende...
 vor dieser Ba...
 Parteipresse...
 * Söllin...
 2 Mr. findet...
 Vereins im...
 solle fein or...
 man, nur die...
 die Verlamun...
 Stube um 20...
 der die alle...
 zu kommen u...
 * Breiter...
 To m m l u n g...
 statt. Eröffn...
 „Konföderat...“...
 Mannheim an...
 Dresden das...
 fragen des de...
 Referentin die...
 teien; auch di...
 wurde erwäh...
 heiter fetter...
 Partei anstöß...
 Die Verlamun...
 mgen ca. 150...
 wein „Konf...
 zwei Wieder...
 Eine schöne...
 Verein war d...
 * Freibr...
 am hatte im...
 freisland“ me...
 Kuband geb...
 wachenden zu...
 in deronim...
 in 100 Bl. G...
 * Störin...
 in Dresden die...
 in roten Sch...
 wurden im Ju...
 Gemüt der W...
 en rissen. S...
 wurde sonstig...
 Dresden find...
 gnet.

K

Ein Kor...
 im Janu...
 und in Gen...
 Richtverordn...
 Zehnmünder...
 Regungen ge...
 richte Angri...
 wachende ric...
 die Unfähigkeit...
 schlagt, daß...
 das form und...
 Verordnungen...
 das Ursache...
 Liebe zu gehen...
 ten, daß eine...
 Leute, als W...
 ausputzen, u...
 ganze Entrü...
 verordneten...
 Paris Schluß...
 besorglichen...
 Der Mag...
 Staatsantr...
 Stabträte ihre...
 kette ab, da...
 Die Bürger...
 stordneten...
 hoher Wichtig...
 in. Endlich...
 im Termin...
 der umfassen...
 Frage aufwarf...
 bürgermeister...
 „Wollen!“ Ab...
 Jung ausge...
 und und Sta...
 wern, weil die...
 demofische...
 weisens demü...
 Welt abegebe...
 seine famili...
 heilige Verp...
 gegen die Sta...
 er sämtliche...
 der Stadt zur...
 imstagen erf...
 nach sein Bew...
 überbürge...
 ras seiner bo...
 Interesse des